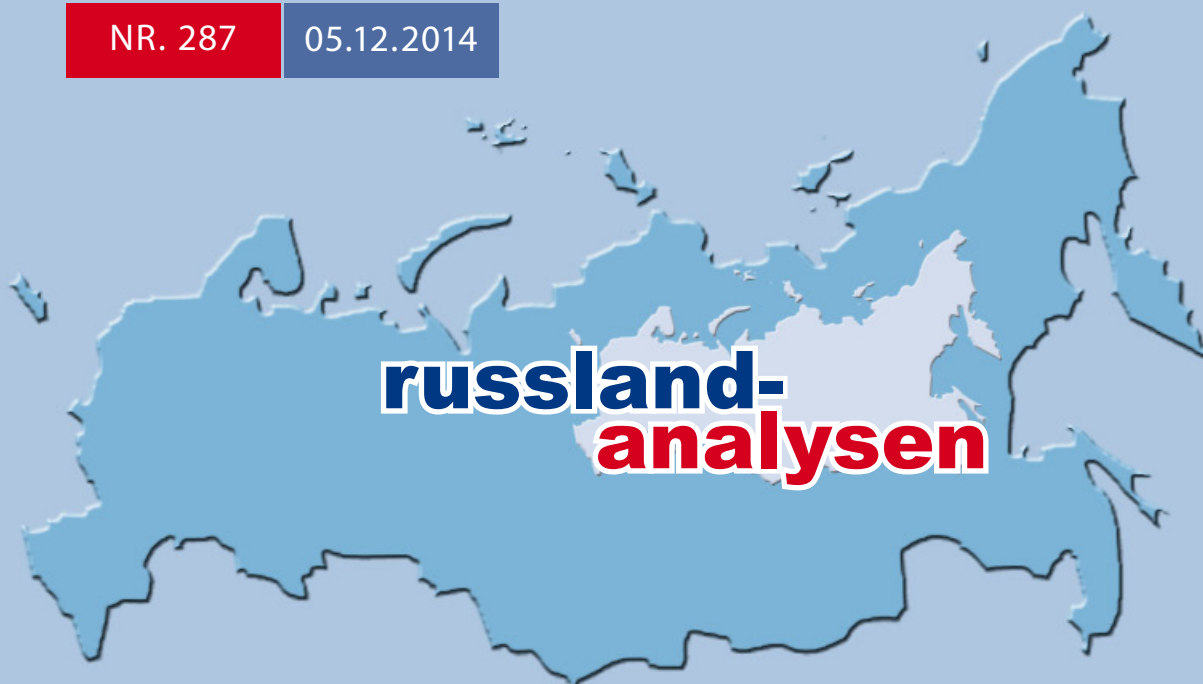



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

WIRTSCHAFTSKRISE UND LENKUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT RECHTSRADIKALISMUS

■ ANALYSE	
Verlorene Zukunftsvisionen und verzerrte Anreize in der Staatlichen Verwaltung als Hauptgründe für die Krise Russlands	2
Andrei Yakovlev, Moskau	
■ DOKUMENTATION	
Der russische Staatsapparat	8
■ ANALYSE	
Die russische Rechte im Lichte der Ukraine Krise	15
Robert Kusche und Ute Weinmann, Dresden/Moskau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Rechtsextreme Gewalttaten in Russland	18
Nationalismus, Xenophobie und Migration	20
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Zum Jahrestag des Maidan	25
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
20 Jahre Beginn des Tschetschenienkriegs	28
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
20. November – 4. Dezember 2014	31

Verlorene Zukunftsvisionen und verzerrte Anreize in der Staatlichen Verwaltung als Hauptgründe für die Krise Russlands

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Libérale russische Ökonomen diskutieren gegenwärtig die Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung – und sie beurteilen die Lage sehr skeptisch. Negative Erwartungen dominieren und es fehlt eine positive Zukunftsvision. Ein möglicher – eher technokratischer und systemimmanenter – Ansatz wäre ein Reform des wirtschaftlichen Lenkungsmodells. Tatsächlich hat in China ein staatskapitalistisches Modell erkennbare Erfolge erbracht. In Russland hat Bürokratie, Überregulierung und fehlgeleitete Korruptionsbekämpfung eher in die Irre geleitet. Setzt man einmal voraus, dass derzeit für eine Demokratisierung des wirtschaftspolitischen Ordnungsmodells – der beste Weg der Korruptionsbekämpfung – keinerlei Voraussetzungen vorliegen, muss man versuchen, die Lösung im Rahmen einer Fortentwicklung herrschenden Modells zu suchen. Dazu muss man sich auf die aktiven gewissenhaften Teile der Bürokratie stützen, die in der Lage wären, für Wirtschaftswachstum, die Gewinnung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. Doch diese technokratischen Lösungen lassen die grundsätzliche Frage der Entwicklung eines neuen Entwicklungsmodells nicht von der Agenda verschwinden.

Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands: Stagnation oder Kollaps?

Im Frühling dieses Jahres wurde auf einem nichtöffentlichen Seminar, an dem vor allem liberale Experten teilnahmen, die Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands im Kontext der Angliederung der Krim und der Krise in der Ukraine erörtert. Es wurden zwei Hauptszenarien entworfen: das einer lange (ein Jahrzehnt) währenden Stagnation mit einer nachfolgenden tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise, und das eines schnellen Kollaps (innerhalb von anderthalb bis zwei Jahren) des bestehenden Systems zur Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Argumente zugunsten des ersteren Szenarios lassen sich derart zusammenfassen, dass das System über Stabilitätsreserven sowie über sozialen Rückhalt (unter anderem mit Hilfe der massiven Propaganda in den Medien) verfüge und es innerhalb des Landes keine ernsthaften Opponenten gebe. Die Verfechter des zweiten Szenarios stimmten den letzten Punkten zu, unterstrichen aber gleichzeitig, dass die von der Staatsmacht unternommenen höchst widersprüchlichen Maßnahmen von selbst zur Desorganisation des Steuerungssystems und einem immer ineffizienteren Verbrauch der angesammelten Reserven führten. Und das werde wohl kaum lange gutgehen. Das erste Szenario hielten rund achtzig Prozent der Diskussionsteilnehmer für wahrscheinlicher, die »Alarmisten« blieben in der Minderheit.

Jetzt, nur ein halbes Jahr später, sieht es so aus, als hielten bereits vierzig Prozent derselben Experten das zweite Szenario für realistischer. Der Grund liegt in dem über die vergangenen Monate offensichtlich geworde-

nen Misstrauen der wirtschaftlichen Akteure (Firmen wie auch Haushalte) gegenüber der betriebenen Wirtschaftspolitik sowie in den zutiefst negativen Erwartungen für die Zukunft, die sich zu einer sich selbst erfüllenden Prognose wandeln. Ein anschaulicher Beleg hierfür ist die bereits zwei Monate andauernde Panik auf dem Devisenmarkt sowie der massive Kapitalabfluss, der bereits beim Zweieinhalbfachen der offiziellen Prognosen vom Jahresbeginn liegt.

Hierzu bemerkte ein Experte auf einem anderen Seminar, dass wir im Rahmen der ach so modischen »Bewegung in die Geschichte« bereits die Krise von 1998 hinter uns gelassen hätten und uns zügig auf den Beginn der 1990er Jahre zubewegen. Dabei geht es nicht um Makroökonomie oder Reserven: Es ist klar, dass die Lage heute im Vergleich zur Situation Mitte oder Ende der 1990er Jahre – formal – um etliches besser ist. Vielmehr ging es um Ungewissheit und dominierende negative Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure. Nach diesen Kriterien sind wir tatsächlich wieder an einem Punkt wie vor zwanzig Jahren; mit dem Unterschied, dass bei einer vergleichbaren Ungewissheit die negativen Erwartungen heute wohl stärker sind als Mitte der 1990er Jahre. Zur Erinnerung: Es geht hier nicht um die Stimmungen der einfachen Bürger (die noch an die Stabilität der 2000er Jahre glauben), sondern um das Selbstfinden wirtschaftlicher Akteure, die Entscheidungen über Investitionen und die Entwicklung der Unternehmen treffen. Die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, dass keine Reserve der Welt solche negativen Erwartungen brechen kann.

Meiner Ansicht nach ist die Hauptquelle für die Ungewissheit und die negativen Erwartungen in einer

verlorenen »Zukunftsvision« zu suchen. Hier ließe sich eine Analogie zum Ende der Sowjetzeit ziehen, als niemand (auch die amerikanischen »Kremlologen« nicht) die massive Krise und das Auseinanderbrechen der UdSSR vorhersah. Es gab keinerlei organisierte Opposition im Land und das Regime stürzte praktisch aufgrund des Handelns der Staatsmacht selbst. Darüber hinaus spielte der Umstand eine große Rolle, dass sich das sowjetische Projekt bereits Mitte der 1970er Jahre erschöpft hatte; und dass die Führer der KPdSU der Gesellschaft und den Eliten keinerlei andere schlüssige »Zukunftsvision« anbieten konnten, die an Stelle dieses Projektes treten könnte. Zusammen mit der Inkompetenz der sowjetischen Führung in wirtschaftlichen Fragen (die die Krise weiter verschärfte) war das einer der Gründe für den Zusammenbruch der UdSSR und das anschließende Chaos der 1990er Jahre.

Die Putinsche Elite formulierte in den 2000er Jahren angesichts der Wiederaufrichtung des Staates und der günstigen außenwirtschaftlichen Konjunktur ihr eigenes »Projekt« und versuchte dies umzusetzen, nämlich einen Staatskapitalismus nach dem Vorbild Südkoreas in den 1960er und 1970er Jahren. Die Krise von 2008/09 zeigte dann, dass bei den nach einem halben Jahrhundert veränderten Realitäten des globalen Marktes und in einem Land mit den Dimensionen und der Heterogenität Russlands dieses Modell nicht mehr funktioniert. Nach der Krise versuchte die herrschende Elite, sich auf die Suche nach einem neuen Modell zu begeben (eine der Ausformungen dieser Suche war die Ausarbeitung der »Strategie 2020«). Die Ereignisse des arabischen Frühlings und die politischen Proteste von 2011 brachten diesen Prozess zum Stehen und zwangen die herrschende Elite zu einer »Rundumverteidigung« gegen äußere und innere Feinde sowie einer gleichzeitigen ideologischen »Wende in die Vergangenheit«. Eine solche »verteidigungsorientierte« Politik, die sich eher auf Emotionen stützt als auf eine nüchterne und pragmatische Analyse der Vorgänge, ist jedoch nicht geeignet, für die wirtschaftlichen Akteure Antworten zu den Entwicklungsperspektiven des Landes bereitzuhalten; sie nötigt die Akteure objektiv dazu, Aktiva abzuziehen und in den »Schattenbereich« abzuwandern.

Die derzeit dominierenden negativen Erwartungen können also ohne die Entwicklung eines für die Gesellschaft und die Eliten überzeugenden *neuen »Zukunftsmodells«* nicht überwunden werden. In der neueren Geschichte Russlands ist eine solche Herausforderung kein Einzelfall. Nach der Krise von 1998 brauchte die Entwicklung und Abstimmung einer neuen »Zukunftsvision« durch die Eliten Russlands ungefähr anderthalb Jahre. Heute könnte dieser Prozess angesichts des Niedergangs der Institutionen für einen politischen und

gesellschaftlichen Dialog länger andauern. Wenn aber seinerzeit die praktische Umsetzung des neuen Modells in eine Phase globalen wirtschaftlichen Aufschwungs fiel, so wird die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren sicherlich eine Phase der Instabilität erleben. Daher ist es für Russland sehr wichtig, nicht alle Reserven aufzuzehren und nicht in einem Moment ins Chaos abzugleiten, in dem sich die Eliten endlich über ein neues Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einig werden könnten.

Die nachfolgenden Betrachtungen stellen einen überwiegend technokratischen Blick auf die Frage dar, wie das Land vor einem Abgleiten ins Chaos bewahrt werden könnte, wenn das bestehende Lenkungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft beibehalten wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass – anders, als die Ängste im Kreml lauten – die Bedrohung für die Stabilität keineswegs in »Machenschaften des amerikanischen Imperialismus« liegt, der »farbige Revolutionen« anzettelt, sondern im eigenen Handeln (bzw. der eigenen Untätigkeit) der Regierung, durch das das in den 2000er Jahren entstandene, nicht allzu effiziente Lenkungssystem objektiv ins Wanken gebracht wird.

Warum funktioniert der Staatskapitalismus in China, nicht aber bei uns?

Ein Vergleich von Russland und China liegt in vielerlei Hinsicht auf der Hand. Es sind die beiden größten Transformationswirtschaften, die darüber hinaus praktisch zur gleichen Zeit diesen Prozess durchlebt haben. Wenn sich anfangs die Reformtrajektorien in Russland und China noch erheblich unterschieden, so setzte in den 2000er Jahren eine deutliche Konvergenz der jeweiligen ordnungspolitischen Modelle für Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Zum Ende der 2000er ließ sich die Wirtschaft der beiden Länder als »Staatskapitalismus« beschreiben, während die politischen Systeme durch die Herrschaft bzw. das Dominieren einer Partei und durch ein hohes Maß an Korruption gekennzeichnet waren. Gleichwohl konnte in der Volksrepublik China selbst während der Krise von 2008/09 ein hohes Wirtschaftswachstum und die Entwicklung von Innovationen aufrechterhalten werden, während in der Russischen Föderation in der Nachkrisenzeit eine Tendenz zur Stagnation zu Tage trat, und zwar ungeachtet der Versuche, Anreize für Innovationen zu schaffen oder die Korruption stärker zu bekämpfen.

Warum gelingt in Russland nicht, was in China bereits 35 Jahre gelingt?

In der wissenschaftlichen Literatur sind viele Erklärungen für diese Unterschiede vorgelegt worden, unter anderem das Konzept von einem »Fiskal-Feudalismus bei politischer Zentralisierung« (Blanchard und Shleifer, s. Lese-

tipp) oder die Gegenüberstellung von »unitärer« und »spartenübergreifender« Organisationsform der Wirtschaftsverwaltung (Maskin, Qian und Xu; s. Lesetipps). Diese Erklärungen hatten zu Beginn der Transformation durchaus ihre Relevanz, in einer Phase, als sowohl in Russland wie auch in China das strukturelle Erbe der Planwirtschaft eine große Rolle spielte, sich aber gleichzeitig die eingeschlagenen Reformwege radikal unterschieden. Nach fast 25 Jahren seit Beginn der Reformen in Russland und angesichts des Umstandes, dass die ordnungspolitischen Modelle für Wirtschaft und Gesellschaft in Russland und China merklich konvergieren, erscheinen diese Erklärungen nun unzureichend. Die in Russland traditionelle These von der billigen Arbeitskraft in China greift ebenfalls nicht mehr, da die Unterschiede im Lebensstandard (der in Russland höher ist) zwar noch bestehen, sich wegen des stürmischen Wirtschaftswachstums in der Volksrepublik jedoch radikal verringert haben.

Das Ausbleiben der gewünschten Resultate lässt sich meiner Ansicht nach durch die Spezifik der Stimuli im System der staatlichen Verwaltung erklären die sich in Russland herausgebildet haben.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Stimuli für Beamte mag Vielen nicht ersichtlich erscheinen. Im liberalen Verständnis ist für eine erfolgreiche Entwicklung eine minimierte Einmischung des Staates in wirtschaftliche Prozesse vonnöten. Dabei wird angenommen, dass die Gestaltung der Wirtschaftspolitik unter Bedingungen geschieht, bei denen Politiker wegen des politischen Wettbewerbs und der Sorge um eine Wiederwahl, sowie wegen unabhängiger Gerichte, freier Medien und eines entwickelten NGO-Sektors gezwungen sind, optimale Lösungen zu suchen und eine adäquate Aufsicht über die Tätigkeit der Beamten zu gewährleisten. Was aber tun, wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind?

Dann spielen der Staat und dessen Politik objektiv eine sehr viel wichtigere Rolle bei der Entwicklung der Gesellschaft. Der Staat ist aber kein einheitliches Subjekt, er tritt als eine Vielzahl von Behörden in Erscheinung, in denen eine Vielzahl von Beamten mit unterschiedlichen Stimuli ihren Dienst verrichtet. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie diese Anreize auf die wirtschaftliche Entwicklung einwirken können.

Logik der Bürokratie, übermäßige Regulierung und Korruptionsbekämpfung

Jede rational handelnde bürokratische Struktur ist einerseits bestrebt, ihre Zuständigkeiten und ihr Personal auszubauen sowie zusätzliche Ressourcen zu erhalten; andererseits ist sie bemüht, die unmittelbare Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Tätigkeit zu verringern und sie auf andere Subjekte abzuwälzen. Beide Ziele werden

mit Hilfe einer *Ausweitung der Regulierung* angestrebt. Diese Strategie kann durch Konkurrenz in Form anderer Behörden eingeschränkt werden, sowie aufgrund von Widerstand durch die »Objekte der Regulierung« (Bürger und Unternehmen), die über Medien, Unternehmerverbände und unabhängige nichtkommerzielle Organisationen Druck auf Politiker ausüben.

In Russland war die Situation in den 2000er Jahren, nach dem »Fall Jukos« und dem Übergang zu ernannten Gouverneuren, dadurch gekennzeichnet, dass der politische Wettbewerb in erheblichem Maße eingeschränkt wurde. Die Spitze des bürokratischen Apparats auf föderaler Ebene erlangte dadurch eine allumfassende Macht, und die bürokratische Konkurrenz wurde zur wichtigsten »Triebkraft der Entwicklung«. Eine der weniger prominenten Folgen dieser politischen Veränderungen war eine heftige Zunahme von Regulierung. Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung sind von 2003 bis 2012 allein auf föderaler Ebene über 180.000 neue Gesetze und Verordnungen verabschiedet worden. Diese Regulierung ist nicht nur durch Übermaß, sondern auch durch Widersprüchlichkeit gekennzeichnet, da verschiedenste Vorschriften und Bestimmungen eingeführt wurden, die unmöglich gleichzeitig befolgt werden können.

Dieses Ausufern der Regulierung ist einer der Faktoren für die verstärkte Korruption auf den unteren Ebenen der »Vertikale der Macht«, wenn nämlich Beamte für informelle Zahlungen im Gegenzug bei der Nichteinhaltung der vielfältigen und oft unerfüllbaren Vorschriften ein Auge zudrücken. Vor der Krise von 2008/09 war die Korruption von den höchsten Vertretern der Staatsmacht nicht als wesentliches Problem wahrgenommen worden. Die Situation änderte sich im Augenblick der Krise, als im Verlaufe eines Jahres praktisch die Hälfte der Reserven verloren ging, und insbesondere nach den Protesten vom Dezember 2011. Deren unmittelbarer Anlass waren zwar die manipulierten Dumawahlen, doch war auch klar, dass es einen fundamentalen Grund für die Proteste gab: die Ineffizienz des Staatsapparates bei der Bereitstellung der wichtigsten gesellschaftlichen Güter und sozialen Dienstleistungen (Sicherheit, Gesundheit, Bildung).

Nachdem man sich dessen bewusst geworden war, wurde die Korruptionsbekämpfung ab 2012 zu einer der Prioritäten der Zentralregierung. Ein Beleg hierfür ist der Auftritt Putins vor dem Kollegium des FSB im April 2014, bei dem der Kampf gegen die Korruption als eine der drei vordringlichsten Aufgaben dieser Behörde genannt wurde, in einer Reihe mit dem Kampf gegen Terrorismus und staatsgefährdende Betätigung. Der Akzent wurde dabei deutlich auf »administrative Methoden« zur Eindämmung der Korruption gelegt, einschließlich einer Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsbehörden (Rechnungs-

hof, Generalstaatsanwaltschaft, FSB) und einer erhöhten Anzahl von Überprüfungen. Die gestiegene Anzahl von Strafverfahren (u. a. gegen hochgestellte politische Beamte, etwa gegen Vizegouverneure, regionale Minister, stellvertretende föderale Minister, einzelne Gouverneure) kann als Folge dieser Politik betrachtet werden.

Wie hat dieser erhöhte administrative Druck das Verhalten der Beamten beeinflusst? Zur Beschreibung der Logik des Agierens und der Stimuli, von denen die Bürokraten in einem solchen System übermäßiger Regulierung geleitet werden, lassen sich drei Beamtentypen unterscheiden:

1. aktive gewissenhafte (die in den Staatsdienst gegangen sind, um »der Gesellschaft zu dienen«, und die auf der Karriereleiter nach oben wollen),
2. aktive korrupte (die zur Erlangung persönlicher Vorteile in den Staatsdienst gegangen sind),
3. passive (für die im Staatsdienst die sozialen Garantien und Stabilität wichtig sind, und die lieber alle geltenden Regeln und Anweisungen befolgen sowie keine Eigeninitiative zeigen).

Die Zusammensetzung dieser Gruppen ist nicht fest oder permanent; sie repräsentieren vielmehr bestimmte Handlungsstrategien.

Es ist klar, dass die Effizienz des Staatsapparates in höchstem Maße vom Anteil der Beamten des ersten Typs auf den unteren und mittleren Ebenen der Verwaltungshierarchie abhängt. Auch in Staaten vom Typ Russlands oder Chinas, in denen der Staat eine große Rolle spielt und andere Institutionen schwach sind, hat die Qualität der Bürokratie einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Qualität der Bürokratie wiederum wird durch das System der Anreize bestimmt, die für aktive und gewissenhafte Beamte bestehen, und ebenso von den Möglichkeiten und Beschränkungen von opportunistischem Verhalten.

Bei einer übergroßen und widersprüchlichen Regulierung ist die Umsetzung jeder Art Initiative, sei diese nun gewissenhaft oder korrupt, mit dem Verstoß gegen diese oder jene Regeln verknüpft. Vor diesem Hintergrund bedeutet eine Bekämpfung der Korruption mit traditionellen »administrativen Methoden« eine verstärkte Kontrolle, ob *formale* Regeln eingehalten werden, wobei die Aufdeckung »zweckfremder Verwendung von Haushaltsgeldern« im Mittelpunkt steht. Dadurch steigt jedoch *für alle »aktiven« Beamten*, die ehrlichen und die korrupten, *das Risiko von Sanktionen*. Ihr Verhalten wird in einer solchen Situation von möglichen Kompensationen für die Risiken abhängen, durch den Verstoß gegen formale Regeln entstehen.

Wir können davon ausgehen, dass für gewissenhafte Beamte eine solche Kompensation darin besteht, dass die Ergebnisse ihrer Tätigkeit von höhergestellten

Vorgesetzten gutgeheißen werden und (als Folge) einen Schritt auf der Karriereleiter mit verbessertem Status und mehr sozialen Garantien nach sich zieht. Dabei können die Vorgesetzten bei kleineren Verstößen gegen einzelne Bestimmungen auch mal »ein Auge zudrücken«, wenn das nötige Endergebnis erreicht wird. Falls jedoch bei einer verstärkten administrativen Kontrolle keine zusätzlichen »positiven« Anreize für gewissenhafte, aktive Beamten geschaffen werden, dürfte ein erheblicher Teil dieser Beamten (nämlich diejenigen, die kein allzu großes Risiko eingehen wollen) es vorziehen, die geltenden Vorschriften und Vorgaben zu beachten – und damit in die dritte Gruppe der »passiven Ausführenden« wechseln.

Für korrupte Beamte könnte eine Kompensation in höheren Bestechungsgeldern bestehen. Wenn wir annehmen, dass die Gesamtnachfrage in der Wirtschaft und die Summe potentieller Bestechungsgelder begrenzt sind, so müssten ein erhöhtes Risiko, dass Überprüfungen durchgeführt werden, sowie eine dementsprechende »Anhebung der Tarife auf dem Korruptionsmarkt« zu einer verringerten Anzahl von Bestechungen führen. Das bedeutet, dass ein Teil der korrupten Beamten entweder den Staatsdienst verlässt, oder – falls die Höhe ihrer Gehälter und der Umfang der sozialen Garantien annehmbar sind – ebenfalls in die Gruppe der »passiven Ausführenden« wechselt, die Vorschriften und Vorgaben beachten. Angemerkt sei hier, dass sich dabei die »Korruptionssteuer« wohl kaum verringern dürfte.

Eine gute Illustration des Gesagten liefern die Bewertungen der Korruptionsniveaus bei staatlichen Aufträgen und Anschaffungen, die auf Daten der BEEPS-Studien (»Business Environment and Enterprise Performance Survey«) basieren, die alle drei Jahre von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank in Staaten mit einer Transformationswirtschaft durchgeführt werden. Während 2008 in Russland noch über 40 % der befragten Firmen berichteten, dass bei der Arbeit zu Staatsaufträgen informelle Zahlungen und Geschenke notwendig gewesen seien, so waren es 2011 nur noch weniger als 30 %. Über den gleichen Zeitraum stieg die geschätzte Höhe der informellen »Abgabe« von 11 % auf 15 % der Vertragssumme. Die Zahl der Firmen, die in informelle Zahlungen an die Auftraggeber verwickelt waren, hat sich um rund 30 % verringert, während die Höhe der Zahlungen um ein Drittel zunahm.

Für die unternehmerische Tätigkeit ist allerdings weniger die Höhe der »Korruptionssteuer« kritisch als die Verschärfung des regulatorischen Druckes. Bei einer übermäßigen und widersprüchlichen Regulierung dient Korruption objektiv als »informelles Schmiermittel« der bürokratischen Maschine, wenn nämlich wirtschaftliche Akteure im Tausch gegen Bestechungsgelder die Möglichkeit erhalten, einen Teil der übermäßig vielen

gesetzlichen Vorschriften nicht einzuhalten. Wenn sich die Beamten angesichts einer verstärkten »administrativen Kontrolle« weigern, Bestechungsgelder anzunehmen und damit beginnen, die volle Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fordern, könnte das die Unternehmer vor unlösbare Probleme stellen.

Hier kommt eine Analogie mit dem bekannten Effekt des »italienischen Streiks« ins Spiel: Als die Bediensteten der italienischen Eisenbahn Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Arbeit nicht einstellten, dafür aber begannen, alle geltenden Regeln und Vorschriften streng zu beachten, brachten sie den Zugverkehr zum völligen Stillstand. Eine Änderung der Anreize im Bürokratieapparat – mit dem Akzent auf die Einhaltung aller geltenden Vorschriften – erzeugt einen ähnlichen Effekt, wobei vor allem für neue und wachsende Firmen Probleme entstehen, weil ein Verlassen des traditionellen Tätigkeitsbereichs den Erhalt neuer Genehmigungen und Lizenzen erforderlich macht. Meiner Ansicht nach ist es gerade dieser Effekt, der den Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 1,3 % im Jahr 2013 erklären könnte. Es sei daran erinnert, dass noch Anfang 2013 praktisch alle führenden Analytiker, die Experten von IWF und Weltbank eingeschlossen, einen Anstieg des BIP von 3–3,5 % prognostiziert hatten. Dabei hatte es im Jahresverlauf keinerlei wesentlichen Änderungen in der makroökonomischen Politik gegeben, die eine derart starke Verlangsamung des Wirtschaftswachstums erklären würden.

All diese Überlegungen bedeuten nicht, dass man die Korruption nicht bekämpfen muss, die Frage ist nur, auf welche Weise das unternommen wird. Im Folgenden soll gezeigt werden, warum es China gelingt, die Korruption einzudämmen, ohne dabei die Anreize für Initiativen zu unterdrücken.

Vor zwanzig Jahren haben Andrei Shleifer und Robert W. Vishny gezeigt, dass bei der Korruptionsbekämpfung die besten Ergebnisse durch politischen Wettbewerb im Rahmen von Demokratie zu erreichen sind (Shleifer und Vishny, s. Lesetipps). Dort riskieren Politiker, die die Probleme der Wähler ignorieren, ein Scheitern bei den nächsten Wahlen und den Verlust der Macht. Dadurch ergeben sich für sie Anreize, die Arbeit der Beamten zu beaufsichtigen und jene zu entlassen, die keine Initiative zeigen oder in Korruption verstrickt sind. Bei fehlender Demokratie halten Shleifer und Vishny Korruption für unausweichlich, unterscheiden dabei aber »dezentralisierte« von »zentralisierter« Korruption und zeigen, dass letztere einen geringeren Schaden für die Gesellschaft bedeutet.

Für Shleifer und Vishny war dezentralisierte Korruption für die gescheiterten Staaten, die »failed states« in Afrika kennzeichnend, und ebenso für das Russland der 1990er Jahre. Zu den Staaten mit zentralisierter

Korruption rechneten sie die Philippinen zu Zeiten des Diktators Marcos und die UdSSR. Zu dieser Kategorie können auch die Volksrepublik China und das heutige Russland gezählt werden.

Solche Regime stützen sich bei der Korruptionsbekämpfung an der Basis auf Instrumente administrativer Kontrolle. Eine Ausweitung dieser Kontrolle zum Zweck der Korruptionsbekämpfung kann jedoch jedwede Initiative unterdrücken und zu Stagnation führen. Aufgrund welcher Faktoren kann also in solchen Regimen trotzdem wirtschaftliche und soziale Dynamik gewahrt bleiben?

In vielen empirischen Studien zu China ist aufgezeigt worden, dass der Aufstieg regionaler Beamter in erheblichem Maße davon abhängt, ob in der jeweiligen Region hohe Wachstumsraten zu verzeichnen waren und private oder ausländische Investitionen angezogen werden konnten. Ein weiteres wichtiges Element des chinesischen Modells besteht in der von Deng Xiao Ping eingeführten Praxis des regelmäßigen »Generationenwechsels der leitenden Kader«. An der Spitze erfolgt diese personelle Erneuerung alle zehn Jahre. Auf den unteren Ebenen wird sie intensiver vollzogen; auf jeden Fall weiß jeder Funktionär, dass er nach zwei Fünfjahresperioden seinen Posten wird verlassen müssen. Falls er Erfolge bei der Wirtschaftsentwicklung vorzuweisen hat, kann er befördert werden, falls die erwarteten Ergebnisse ausbleiben, erwartet ihn ein Abstieg oder Entlassung aus dem Amt. Um die nötigen Ergebnisse zu erreichen, muss er Initiative zeigen, was meist mit Verstößen gegen bestimmte Vorschriften und Vorgaben verbunden dürfte. Solche Verstöße können allerdings auch eine Quelle von Korruption sein, die in der Volksrepublik recht verbreitet ist.

Eine Balance zwischen Regelverstößen »im Sinne der Sache« und jenen um des persönlichen Gewinnes wegen kann durch ein »Zwei-Schlüssel-Prinzip« bei der Entscheidungsfindung hergestellt werden. In der Volksrepublik wird jede Gebietseinheit (Provinz, Präfektur, Landkreis) nicht von einem, sondern von zwei Funktionären geleitet, vom Sekretär des entsprechenden Komitees der KP und vom Gouverneur bzw. vom entsprechenden Verwaltungschef. Beide sind in ihre jeweilige »Vertikale der Macht« eingebunden, die ersteren in die Parteihierarchie, die letzteren in die staatliche Hierarchie. Der Parteisekretär hat dabei gegenüber dem Gouverneur oder Verwaltungschef eine Kontrollfunktion, trägt aber in gleichem Maße die Verantwortung für die Entwicklung der betreffenden Gebietseinheit. Das zwingt den »Kontrollleur« zu einer notwendigen Balance zwischen der Unterbindung von Missbräuchen einerseits und der Flexibilität beider Kontrolle und dem Einsatz von Sanktionen andererseits.

Dieses System hat zur Folge, dass chinesische Beamte bereit sind, Initiative zu ergreifen, Experimente zu unternehmen und um der Umsetzung gesteckter Ziele willen

Verantwortung für Abweichungen von formalen Regeln zu übernehmen. Die Präsenz eines »Kontrolleurs der Nachbarvertikale« verringert dabei das Korruptionsrisiko. Die Verantwortlichkeit des »Kontrolleurs« für das Endergebnis verringert wiederum die Kosten für »Kontrollen der Kontrolle halber«.

Dieses »Zwei-Schlüssel-Prinzip« der Kontrolle durch die Partei und die Aufstiegsmöglichkeiten für Kader ist keine chinesische, sondern eine sowjetische Erfindung. Allerdings müssen hier auch die Unterschiede gesehen werden. Zum einen bestand in der Sowjetunion das Ziel nicht in einem Wirtschaftswachstum *per se*, sondern in der Erfüllung des Staatsplanes. Und da das sowjetische Modell auf einer prinzipiellen Negierung Marktwirtschaft beruhte, fehlte es dort an Instrumenten zur Überprüfung der realen Ergebnisse gegenüber den Planvorgaben, wodurch sich dort sehr viel mehr Möglichkeiten zur Manipulierung der Rechenschaftsziffern ergaben.

Zum Zweiten gab es in der UdSSR keine formal verankerte Praxis einer regelmäßigen »Erneuerung des Personals«. Allerdings erfolgte eine solche Erneuerung *de facto* unter Stalin durch die »Säuberungen der Partei« und die massenhaften Repressionen. Unter Chruschtschow dann schuf die Freisetzung der Stalinischen Funktionäre Platz für jene, die erfolgreich den Plan zu erfüllen suchten. 1961 ergänzte Chruschtschow die Satzung der KPdSU um einen Punkt, dem zufolge jeder Parteisekretär nicht länger als zwei Fünfjahresperioden auf seinem Posten bleiben durfte (Diese Regelung erstreckte sich allerdings nicht auf den Ersten Sekretär der KPdSU). Nach der Absetzung Chruschtschows und dem Machtantritt von Leonid Breschnew 1964 erfuhr diese Praxis jedoch keine Fortsetzung und die mangelnde personelle Auffrischung in der Verwaltung wurde zu einem der Gründe für den »Sastoj«, die Stagnation.

Wenn wir uns dem heutigen Russland zuwenden, ist darauf zu verweisen, dass die Schlüsselfunktionen der Kontrolle nicht beim Parteiapparat liegen, sondern in der Präsidialadministration (wo auch die wichtigsten Personalentscheidungen getroffen werden). Die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen fallen auf Regierungsebene sowie bei den Gouverneuren und in deren Administrationen. In den Regionen sind zudem die Föderalen Inspektoren und die Leiter der regionalen Gliederungen der Föderalbehörden tätig, einschließlich der »Silowiki«. Somit bestehen auf den ersten Blick zwei Vertikalen, die an der Spitze zusammenlaufen, wo die Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Absicherung und politische Stabilität dann versammelt ist.

In der Kontrollvertikale gibt es allerdings ein wesentliches zusätzliches Glied in Gestalt der sogenannten Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten in den Föderalbezirken. Die Föderalbezirke waren 2000 geschaffen worden,

praktisch im Zuge einer »Spezialoperation« angesichts des Umstandes, dass in den Regionen »unabhängige Gouverneure« herrschten und die Präsidialadministration von Delegierten der Oligarchen bevölkert wurde. Die Bevollmächtigten des Präsidenten und deren Apparate spielten daher eine wesentliche Rolle bei der Herstellung einer Kontrolle über die staatliche Verwaltung, vor allem im Bereich der Polizei- und Sicherheitsbehörden.

Die Schaffung der Föderalbezirke brachte jedoch gleichzeitig eine Asymmetrie bei der Verteilung der exekutiven und der Kontrollbefugnisse mit sich, wie auch bei der Verantwortung für die Ergebnisse auf den verschiedenen Ebenen des Herrschaftsapparates. *De facto* tragen die Bevollmächtigten Vertreter und deren Apparate die Verantwortung für die allgemeine soziale und politische Stabilität sowie die Sicherheit in den Regionen des jeweiligen Föderalbezirks. Darüber hinaus spielen sie eine erhebliche Rolle bei der Ernennung der »regionalen Silowiki« und können deren Arbeit – und die Ströme informeller Renten – kontrollieren. Sie tragen jedoch keine tatsächliche Verantwortung für die Wirtschaftsergebnisse der Regionen in ihrem Föderalbezirk.

Gleichzeitig haben alle Föderalbehörden, die Kontroll- oder Aufsichtsbefugnisse innehaben, im Rahmen ihrer »Vertikale« ihre »Knüppelberichte«, wobei die Tätigkeit aufgrund der Anzahl der durchgeführten Überprüfungen, der Summe der ergangenen Geldstrafen, der Anzahl der angestregten Strafverfahren usw. bewertet wird. Im Zuge der laufenden Verstärkung der Korruptionsbekämpfung wurde von ihnen eine »Ergebnissteigerung« in Form einer größeren Anzahl aufgedeckter Korruptionsstraftaten und eröffneter Strafverfahren erwartet, und zwar unabhängig davon, welche Wirkung eine solche Verstärkung der administrativen Kontrolle auf die zu überprüfenden Behörden oder regionalen Administrationen haben würde. In der Folge litt die Balance zwischen den Kontrollbefugnissen bei der einen »Vertikale« und der Verantwortung für die Wirtschaftsergebnisse bei der anderen, was zur Unterdrückung der Anreize für Initiative führt.

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist festzustellen, dass derzeit für eine Demokratisierung des entstandenen wirtschaftspolitischen Ordnungsmodells keinerlei Voraussetzungen zu erkennen sind. Das bedeutet jedoch, dass die Ressourcen für eine Fortentwicklung innerhalb dieses Modells zu suchen sind, indem man sich auf die aktiven gewissenhaften Teile der Bürokratie stützt, die in der Lage wären, für Wirtschaftswachstum, die Gewinnung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen.

Teil dieser Aufgabe ist eine Einschränkung des Drucks auf gewissenhafte Beamte von Seiten der Kontroll- und Aufsichtsbehörden, auch von Seiten der Silowiki. Eine

mögliche Lösung dieser Aufgabe wäre ein Zusammenwirken zwischen den Regionalbehörden und den regionalen Stellen der Föderalbehörden. Ebenso sollte die Bewertung der Arbeit der Föderalbehörden und ihrer regionalen Gliederungen mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der jeweiligen Region verknüpft werden. Eine solche Koordinierung könnte durch die Bevollmächtigten des Präsidenten in den Föderalbezirken erfolgen und eine höhere Flexibilität der Beamten vor Ort gewährleisten sowie die Suche nach adequate Formen bei der Umsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik befördern. Für die wirtschaftlichen Akteure (nicht nur für Privatfirmen sondern auch für staatliche Unternehmen und Organisationen des dritten Sektors) würde das wiederum zu einer Risiko- und Kostenminderung bei der Regulierung führen und die Anreize zu Investitionen verstärken, ohne die kein Wirtschaftswachstum möglich ist.

Solche Maßnahmen zur Herstellung einer Balance zwischen Kontrollbefugnissen und Verantwortung können die Verzerrungen bei den Anreizen korrigieren und die Destabilisierungsrisiken für das Verwaltungssystem angesichts der verstärkten Haushaltsbeschränkungen verringern. Doch diese technokratische Lösung lässt die Frage der „Zukunftsvision“ als einer Grundlage für ein neues Entwicklungsmodell nicht von der Agenda verschwinden. Ohne eine abgestimmte Zukunftsvision, die von der Gesellschaft und den Eliten akzeptiert wird, sind eine Überwindung der angestauten negativen Erwartungen und ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation nicht möglich. Die Entwicklung einer neuen Zukunftsvision ist jedoch nur über einen Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen der Elite möglich.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrey Jakovlev arbeitet am Institut für Unternehmens- und Märkteanalysen der Higher School of Economics in Moskau.

Lesetipps

- Blanchard, Olivier, Andrei Shleifer: Federalism with and without Political Centralization: China Versus Russia, in: Transition Economies. How Much Progress? (=IMF Staff Papers, Bd. 48), 2001, S. 171–179.
- Maskin, Eric, Yingyi Qian, Chenggang Xu: Incentives, Information, and Organizational Form, in: The Review of Economic Studies, 67.2000, Nr. 2, April 2000, S. 359–378.
- Shleifer, Andrei, Robert W. Vishny: Corruption, in: The Quarterly Journal of Economics, 108.1993, Nr. 3, August 1993, S. 599–617.

DOKUMENTATION

Der russische Staatsapparat

Tabelle 1: Zahl der Mitarbeiter in den Staatsorganen und den den Organen der lokalen Selbstverwaltung (am Ende des Jahres)

	2000	2005	2010	2011	2012
in 1.000					
In den Staatsorganen, den Organen der örtlichen Selbstverwaltung und Wahlkommissionen der Kommunen, insgesamt	1.163,3	1.462,0	1.648,4	1.603,7	1.572,2
darunter in den Organen:					
Legislative	15,5	24,4	32,8	30,3	32,9
Exekutive	1.027,4	1.234,4	1.385,3	1.341,5	1.301,9
Judikative	115,2	192,8	214,6	215,7	218,7
Andere	3,1	8,3	13,5	14,1	16,4

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Zahl der Mitarbeiter in den Staatsorganen und den den Organen der lokalen Selbstverwaltung (am Ende des Jahres)

	2000	2005	2010	2011	2012
Auf der regionalen Ebene insgesamt	1.124,5	1.420,9	1.600,9	1.557,7	1.523,9
darunter in den Organen:					
Legislative	11,3	20,2	28,7	27,4	29,1
Exekutive	998,9	1.204,2	1.349,5	1.305,9	1.265,3
Judikative	112,0	189,1	210,2	211,3	214,0
Andere	2,0	6,8	11,9	12,5	14,9
Auf föderaler Ebene insgesamt	38,8	41,1	47,5	46,0	48,3
darunter in den Organen:					
Legislative	4,2	4,2	4,1	2,8	3,8
Exekutive	28,5	30,2	35,7	35,7	36,6
Judikative	3,2	3,7	4,4	4,4	4,7
Andere	1,2	1,5	1,6	1,6	1,6
in % zum vorhergehenden Jahr					
In den Staatsorganen, den Organen der örtlichen Selbstverwaltung und Wahlkommissionen der Kommunen, insgesamt	102,5 %	108,0 %	98,4 %	97,3 %	98,0 %
darunter in den Organen:					
Legislative	107,4 %	106,6 %	103,3 %	92,1 %	108,8 %
Exekutive	102,1 %	108,7 %	97,9 %	96,8 %	97,0 %
Judikative	104,7 %	104,5 %	100,9 %	100,5 %	101,4 %
Andere	118,1 %	105,0 %	103,0 %	107,4 %	116,4 %
Auf der regionalen Ebene insgesamt	102,5 %	108,0 %	98,4 %	97,3 %	97,8 %
darunter in den Organen:					
Legislative	107,1 %	107,6 %	103,9 %	95,6 %	106,2 %
Exekutive	102,2 %	108,7 %	97,8 %	96,8 %	96,9 %
Judikative	104,6 %	104,5 %	100,9 %	100,5 %	101,3 %
Andere	118,5 %	106,0 %	103,7 %	105,4 %	119,2 %
Auf föderaler Ebene insgesamt	100,4 %	106,9 %	100,4 %	97,0 %	104,9 %
darunter in den Organen:					
Legislative	108,4 %	102,0 %	99,2 %	68,1 %	134,5 %
Exekutive	98,1 %	110,9 %	100,3 %	99,9 %	102,6 %
Judikative	108,2 %	102,9 %	103,0 %	99,6 %	106,0 %
Andere	117,4 %	100,9 %	98,4 %	98,0 %	100,3 %

Quelle: Federalnaja Slushba Gosudarstvennoj Statistiki (Rosstat): Rossijskij Statistitscheskij Eshegodnik 2013. Statistitscheskij Sbornik, Moskau: Rosstat 2013, 717 S. <<http://www.gks.ru/freedoc/doc2013/year/year13.rar>, 5. Januar 2014>, S. 47f.

Tabelle 2: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparate der Ministerien und Behörden)* von Januar bis September 2014

	Anzahl (Zum Ende des Zeitraums, Sept. 2014)		Personal-ausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)	Monatlicher Durchschnittslohn (ohne soziale Zahlungen)		
	In Tsd. Personen	In % zur Gesamtzahl der Angestellten**		In Tsd. Rubel	In Euro (30.9.2014)	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum
In föderalen Staatsorganen***	39,3	79,9 %	83,3 %	96,5	1.930 €	118,3 %
davon in Organen der						
Legislative	2,8	73,9 %	91,3 %	104,3	2.086 €	117,7 %
Exekutive	31,4	83,5 %	83,6 %	88,2	1.764 €	118,4 %
Judikative	2,0	43,5 %	74,1 %	101,7	2.043 €	136,8 %
Anderen Staatsorganen	1,5	95,8 %	88,2 %	108,6	2.172 €	115,2 %

* Ohne den Föderalen Dienst für Technische Exportkontrolle (FSTEK), Dienst für Auslandsaufklärung (SVR), Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), Föderalen Bewachungsdienst (FSO) und der Hauptverwaltung für Spezialprogramme beim Russischen Präsidenten (GUSP)

** Zur Gesamtzahl der Angestellten gemäß dem Stellenplan gehören außer den staatlichen zivilen Angestellten Beschäftigte, die Staatsämter ausüben, Positionen anderer Arten von föderalen Staatsdiensten (Mitarbeiter mit Dienstgraden), Positionen, die keine Stellen im öffentlichen Dienst sind sowie Personal zur Bewachung und dem Gebäudeservice.

*** Inklusive der Präsidialadministration

Tabelle 3: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparate der Ministerien und Behörden) von Januar bis September 2014

	Monatliches Durchschnittseinkommen		Mitarbeiter zum Ende des Zeitraums (Sept. 2014)	Personalausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)
	Rubel	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum		
Föderale Staatsorgane				
Präsidialadministration	216.411	113,8 %	1.729	73,9 %
Föderale Legislativorgane				
Föderationsrat	120.035	124,4 %	958	95,6 %
Staatsduma	95.646	113,4 %	1.806	89,2 %
Föderale Exekutivorgane				
Apparat der Regierung der RF	200.434	108,5 %	1.390	92,6 %
Föderale Ministerien, Behörden, Ämter				
Innenministerium	81.077	102,4 %	430	87,8 %
Ministerium für Zivilschutz, Notstandssituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen	114.597	108,3 %	428	83,1 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparat der Ministerien und Behörden) von Januar bis September 2014

	Monatliches Durchschnittseinkommen		Mitarbeiter zum Ende des Zeitraums (Sept. 2014)	Personalausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)
	Rubel	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum		
Außenministerium	101.587	124,3 %	3.184	95,7 %
Föderalagentur für Angelegenheiten der GUS, Landsleute, die im Ausland leben und für internationale humanitäre Zusammenarbeit	55.661	120,8 %	255	92,4 %
Verteidigungsministerium	87.423	109,2 %	2.318	81,7 %
Föderaler Dienst für militär-technische Zusammenarbeit	72.653	132,4 %	279	75,2 %
Föderalagentur für Rüstungslieferungen, militärische und Spezialtechnik und Wehrmaterial	97.449	100,8 %	369	53,9 %
Föderalagentur für Sonderbauwesen	122.137	139,1 %	158	52,7 %
Justizministerium	74.399	139,0 %	618	87,5 %
Föderaler Dienst für den Strafvollzug	72.716	139,6 %	36	85,7 %
Föderaler Dienst der Gerichtsaufsicher	81.153	107,8 %	607	88,9 %
Staatlicher Feldkurierdienst	53.719	141,1 %	14	93,3 %
Föderaler Dienst für Rauschgiftkontrolle	84.443	101,0 %	101	91,8 %
Föderaler Dienst für Finanzaufsicht	84.360	106,9 %	370	85,1 %
Präsidialamt	117.326	133,4 %	510	90,3 %
Gesundheitsministerium	101.041	142,1 %	485	88,5 %
Föderaler Dienst zur Aufsicht im Gesundheitswesen	65.516	118,9 %	162	57,2 %
Föderale medizin-biologische Agentur	84.647	123,7 %	220	84,9 %
Ministerium für Angelegenheiten der Krim	40.553	Tätigkeitsbeginn III Quartal 2014	85	39,5 %
Kulturministerium	69.094	114,8 %	331	94,3 %
Föderale Archivagentur	53.227	122,8 %	51	89,5 %
Föderale Tourismusagentur	67.264	112,6 %	63	92,6 %
Ministerium für Bildung und Wissenschaft	77.665	124,6 %	639	87,8 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparate der Ministerien und Behörden) von Januar bis September 2014

	Monatliches Durchschnittseinkommen		Mitarbeiter zum Ende des Zeitraums (Sept. 2014)	Personalausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)
	Rubel	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum		
Föderaler Dienst zur Aufsicht in Bildung und Wissenschaft	64.692	127,1 %	174	82,1 %
Föderalagentur für Jugendangelegenheiten	65.483	124,1 %	87	87,0 %
Ministerium für Bodenschätze und Ökologie	71.875	125,3 %	417	86,2 %
Föderaler Dienst für Hydrometeorologie und Umweltmonitoring	87.890	148,1 %	85	80,2 %
Föderaler Dienst zur Aufsicht der Bodennutzung	65.882	127,2 %	136	90,1 %
Föderalagentur für Wasserressourcen	67.168	137,3 %	95	84,8 %
Föderalagentur für Wasserressourcen	73.138	112,2 %	200	78,7 %
Föderalagentur für Bodennutzung	60.346	133,7 %	100	76,9 %
Ministerium für Industrie und Handel	76.748	114,1 %	965	91,0 %
Föderalagentur für technische Regulierung und Messtechnik	72.463	134,2 %	111	83,5 %
Ministerium zur Entwicklung des Fernen Ostens	111.946	83,9 %	165	65,5 %
Ministerium für regionale Entwicklung	93.708	126,3 %	367	88,2 %
Ministerium für Netze und Massenkommunikation	78.291	114,9 %	328	90,9 %
Föderaler Dienst zur Aufsicht im Bereich der Netze, Informationstechnologien und Massenkommunikation	56.028	121,3 %	157	82,6 %
Föderalagentur für Druck und Massenkommunikation	61.956	127,1 %	149	84,2 %
Föderale Netzentur	62.602	116,0 %	78	88,6 %
Ministerium für Angelegenheiten des Nordkaukasus	38.435	-1)	61	24,0 %
Landwirtschaftsministerium	88.250	141,1 %	557	89,4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparat der Ministerien und Behörden) von Januar bis September 2014

	Monatliches Durchschnittseinkommen		Mitarbeiter zum Ende des Zeitraums (Sept. 2014)	Personalausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)
	Rubel	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum		
Föderaler Aufsichtsdienst für Tier- und Pflanzengesundheit	106.604	124,2 %	145	89,0 %
Föderalagentur für Fischfang	57.219	121,1 %	195	84,4 %
Sportministerium	94.700	143,0 %	254	82,2 %
Ministerium für Bau, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	68.081	139,6 %	297	90,5 %
Transportministerium	75.324	122,8 %	515	88,9 %
Föderaler Dienst zur Aufsicht im Transportwesen	68.218	149,4 %	238	85,9 %
Föderalagentur für Luftverkehr	66.245	117,7 %	356	91,5 %
Föderale Straßenagentur	62.579	120,1 %	217	85,1 %
Föderalagentur für Eisenbahnverkehr	53.649	125,9 %	117	94,4 %
Föderalagentur für Meer- und Flussverkehr	56.024	122,4 %	177	89,8 %
Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit	88.734	117,1 %	443	95,5 %
Föderalagentur für Arbeit und Beschäftigung	77.806	138,9 %	189	90,0 %
Finanzministerium	95.650	117,6 %	1.197	79,3 %
Föderaler Steuerdienst	103.726	115,7 %	823	74,2 %
Föderaler Dienst für Finanz- und Haushaltsaufsicht	79.024	136,1 %	339	64,1 %
Föderale Staatskasse	100.458	105,5 %	443	80,8 %
Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung	72.823	125,5 %	1.703	85,8 %
Föderaler Akkreditierungsdienst	57.660	121,2 %	120	85,1 %
Föderaler Dienst für staatliche Registrierung, Kataster und Kartographie	93.086	111,4 %	529	87,0 %
Föderaler Dienst für geistiges Eigentum	85.734	138,4 %	78	76,5 %
Föderalagentur für Staatsreserven	57.506	117,9 %	269	91,2 %
Föderalagentur zur Verwaltung staatlichen Eigentums	55.314	131,0 %	660	88,8 %
Energieministerium	72.589	119,1 %	355	87,4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Anzahl und Bezahlung ziviler Angestellter der föderalen Staatsorgane (Zentralapparate der Ministerien und Behörden) von Januar bis September 2014

	Monatliches Durchschnittseinkommen		Mitarbeiter zum Ende des Zeitraums (Sept. 2014)	Personalausstattung in % (tatsächliche Zahl der Angestellten zu Anzahl laut Stellenplan)
	Rubel	In % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum		
Föderaler Antimonopoldienst	58.635	109,4 %	566	89,7 %
Föderaler Dienst für staatliche Statistik	64.549	106,5 %	603	90,7 %
Föderaler Migrationsdienst	60.210	116,0 %	317	87,1 %
Föderaler Dienst zur Aufsicht auf dem Gebiet des Schutzes der Verbraucherrechte und des Wohlergehens des Menschen	70.429	142,7 %	218	91,6 %
Föderaler Dienst für Verteidigungsaufträge	65.381	136,4 %	201	69,8 %
Föderaler Dienst zur Regulierung des Alkoholmarktes	84.726	111,9 %	275	77,2 %
Föderaler Zolldienst	72.406	119,0 %	856	87,7 %
Föderaler Dienst für Tarife	80.914	133,0 %	447	78,0 %
Föderaler Dienst für ökologische, technologische und Atomaufsicht	112.690	125,5 %	410	57,1 %
Föderale Raumfahrtagentur	59.790	142,1 %	168	88,4 %
Föderalagentur für wissenschaftliche Einrichtungen	93.677	Tätigkeitsbeginn IV Quartal 2013	339	40,1 %
Föderalagentur zur Einrichtung der Staatsgrenze	67.547	112,7 %	119	78,8 %
Föderalorgane der Judikative und Staatsanwaltschaft				
Verfassungsgericht	135.851	123,1 %	251	74,0 %
Oberstes Gericht	119.194	129,5 %	862	61,9 %
Gerichtsabteilung beim Obersten Gericht	75.040	171,0 %	436	88,8 %
Generalstaatsanwaltschaft	83.992	125,1 %	451	93,4 %
Strafverfolgungskomitee	66.614	128,0 %	16	94,1 %
Andere föderale Staatsorgane				
Rechnungshof	122.179	116,3 %	1.014	85,3 %
Zentrale Wahlkommission	89.444	112,2 %	275	99,3 %
Apparat des Beauftragten für Menschenrechte	64.729	125,3 %	180	90,0 %

Quelle: Angaben der staatlichen Statistikbehörde Rosstat <http://www.gks.ru/bgd/free/b04_03/IssWWW.exe/Stg/d04/plat25.htm, 26. November 2014>

Die russische Rechte im Lichte der Ukraine Krise

Robert Kusche und Ute Weinmann, Dresden/Moskau

Zusammenfassung

Dieser Beitrag geht auf die Dimension rechter Gewalt in Russland ein, fragt nach der Rolle der Ukraine Krise für die russische Rechte und beleuchtet aktuelle Themenschwerpunkte sowie den alljährlichen Marsch russischer Neonazis in Moskau.

Weniger Resonanz im öffentlichen Diskurs

Die Ereignisse auf dem Majdan und die Entstehung sogenannter Volksrepubliken im Donbass öffneten auch innerhalb nationalistischer und neonazistischer Kreise unüberwindbare Fronten zwischen Befürwortern und erbitterten Gegnern. Russische Nazis kämpften auf beiden Seiten mit, die wenigen auf der Seite für Kiew riskieren dafür Strafverfahren. So leitete Moskau erst kürzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Roman Shelesnow ein, der an der Seite ukrainischer Nationalisten kämpft. Auf dem diesjährigen »Russischen Marsch« am 4. November wurde er auch explizit von einer Gruppe "gegrüßt", obwohl die Veranstalter das Thema Ukraine Konflikt am liebsten gänzlich von der Veranstaltung verbannt hätten. Der überwiegende Teil russischer Nationalisten unterstützt den »russischen Frühling« und die Intervention des Kremls auf der Krim sowie im Osten der Ukraine, allerdings gehen die Einschätzungen in Bezug auf die Motive der russischen Führung weit auseinander. Einerseits wird die offizielle Version, wonach Russland als Schutzmacht für die unterdrückte russischsprachige Bevölkerung auftritt, akzeptiert. Andererseits fühlt sich die Bewegung gezielter Diskreditierung durch den Kreml ausgesetzt. Auch bei der Analyse des Konflikts gehen die Meinungen auseinander, wobei allein schon die Frage, ob in der Ukraine eine Auseinandersetzung zwischen Ukrainern und Russen oder doch nur unter Russen geführt werde, unterschiedlich interpretiert wird. Die rechten Befürworter des Majdan sprechen sich gegen den sowjetnostalgisch gefärbten »russischen Frühling« und gegen das korrupte Regime des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch aus.

Der Ukraine Konflikt hat nicht nur zu internen Streitigkeiten geführt, sondern auch zu einer Minderung der eigenen Aktionsfähigkeit. Während das Jahr 2013 vor allem von Demonstrationen gegen »ethnische Kriminalität«, pogromartigen Angriffen und Säuberungsaktionen gegen vermeintlich »illegale Migranten« geprägt war, konnten sich 2014 Nationalisten sowie Neonazis kaum mit ihren Themen durchsetzen. Dies ist auch an veränderten Zustimmungswerten in Bezug auf rechte und rassistische Einstellungen in Russland ablesbar. Nach den Umfragen des russischen Lewada-Zentrums (s. Grafik 4, S. 21) verringerte sich die Zustimmung zu

der Aussage »Russland den Russen« im Jahr 2014 um zwölf auf 54 Prozent. Auch die Frage: »Glauben Sie, dass es in nächster Zeit in Russland zu blutigen ethnischen Konflikten kommen wird« bejahten nur noch knapp 24 Prozent gegenüber 62 Prozent im Vorjahr. Leicht rückläufig sind auch die Zustimmungswerte für die These, dass die Einwanderung für Menschen aus den zentralasiatischen Republiken und dem Kaukasus beschränkt werden sollte. Die einzige Ausnahme bezieht sich auf Ukrainer: Hier ist ein leichter Anstieg von fünf auf acht Prozent zu verzeichnen. Auch die Zustimmungswerte zu dem von Rechtsradikalen geprägten Motto »Stoppt die Unterstützung des Kaukasus« sank von 71 Prozent auf 53 Prozent. Mit 64 Prozent nach wie vor hoch ist die Zustimmung zur Abschiebung von »illegalen Migranten«. Nach Einschätzungen des Lewada-Zentrum entstanden mit der Ukraine Krise neue und geeignete Feindbilder – vor allem die des »ukrainischen Faschisten«, der »Banderowzy« sowie des Westens – welche zur Projektion latenter menschenverachtender Einstellungen bestens geeignet sind. Die Verschiebung des öffentlichen Diskurses ist eine der Ursachen, warum die russische Rechte Schwierigkeiten hat, mit ihrer »ethno-nationalistischen« Agenda in der gesellschaftlichen Debatte präsent zu sein. Versuche eigene Akzente zu setzen gingen in der offiziellen anti-ukrainischen Rhetorik unter.

Rechte Gewalt

Rechte Gewalt sowie rassistisch motivierte Morde sind jedoch nach wie vor Alltag in Russland. Das unabhängige Informations- und Analysezentrum »Sowa« zählte im Jahr 2013 insgesamt 225 Angriffe und 22 Todesopfer. Im laufenden Jahr 2014 wurden bereits über 90 Angriffe dokumentiert sowie 15 Getötete. Der relativ geringen Anzahl von Körperverletzungen stehen viele Tötungsdelikte gegenüber. Dies ist vor allem damit zu erklären, dass viele Betroffene aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus, aber auch generell aus Angst vor dem Umgang mit der Polizei vor einer Anzeige zurückschrecken und die Angriffe auch nur selten bei der mit »Sowa« eng kooperierenden Opferberatungsstelle vom Komitee »Bürgerhilfe« in Moskau melden. Hingegen liegt die Anzahl der rechtsextrem motivierten und rassistischen Morde im Vergleich zu anderen Ländern auf einem

bedenklich hohen Niveau. Seit 2008 hat Sowa insgesamt 333 rechte Morde in Russland registriert. In Deutschland haben beispielsweise Journalisten vom »Tagesspiegel« und »Der Zeit« 152 rassistische und rechtsmotivierte Tötungsdelikte seit 1990 recherchiert. Zu den Gruppen, die am häufigsten von rechter Gewalt in Russland betroffen sind, zählen sichtbare Minderheiten (136 Angriffe im Jahr 2013). Auch für Russland gilt, dass aus Angst vor weiterer Diskriminierung sowie sekundärer Viktimisierung durch Polizei und Behörden sich die überwiegende Anzahl der Betroffenen nicht traut, Angriffe zur Anzeige zu bringen. Strafverfahren bei Gewaltdelikten mit rassistischem Hintergrund berücksichtigen das Motiv nur selten, gerade bei geringfügigen Verletzungen oder Einzeltaten sind selten befriedigende Ermittlungsergebnisse zu erwarten, was aus der Opferperspektive die Relevanz polizeilicher Ermittlungen deutlich schmälert. Hinzu kommt, dass in Russland kaum spezialisierte Beratungsangebote für von Gewalt Betroffene existieren.

Neonazis vor Gericht

Die Brutalität rechter Gewalt gewinnt durch ein Gerichtsverfahren, welches Mitte November in Moskau begonnen hat, an Anschaulichkeit. Es ist ein Prozess, der in mancher Hinsicht das russische Pendant zum NSU-Prozess in Deutschland darstellt. Vor Gericht stehen vier Mitglieder der Neonazi-Kampfvereinigung »BORN«, der sogenannten »Kampforganisation russischer Nationalisten«: Michail Wolkow, Maksim Baklagin, Wjatcheslaw Isajew und Jurij Tichomirow. Nikita Tichonow, der Anführer von »BORN«, wurde bereits wegen Mordes an dem Anwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Gegen den intellektuellen Kopf der Gruppe Ilja Gorjatschew, der eine Schlüssel-funktion als Verbindungsmann zur Präsidialadministration ausgeübt haben soll, steht ein gesonderter Prozess an. Gorjatschew sorgte durch seine Kontakte für den nötigen Rückhalt, so dass BORN als Kampfab-leger der legal operierenden rechtsradikalen Organisation »Russkij Obras« lange Zeit unbehelligt einen Mord nach dem anderen begehen konnte. Auch das Zentrum für Extremismusbekämpfung des Innenministeriums soll laut Zeugenaussagen durch die Bereitstellung von Passdaten Anteil an einigen Mordfällen gehabt haben. Das BORN-Mitglied Aleksej Korschunow, dessen erster Anlauf Markelow zu töten misslang, sprengte sich 2011 im ukrainischen Saporoschje durch einen Unfall mit einer Granate in die Luft. Ein weiteres aktives Mitglied, Alexander Parinow, wird ebenfalls in der Ukraine vermutet, sein genauer Aufenthaltsort ist unbekannt. Das Label BORN trat erstmals im Dezember 2008 mit dem

Mord an einem jungen tadschikischen Arbeiter Salo-chitdin Asisow in Erscheinung, dessen abgeschlagener Kopf vor ein städtisches Verwaltungsgebäude im Osten Moskaus geworfen wurde, als Zeichen an alle in Moskau lebenden Migranten. Die Liste der im weiteren vor Gericht verhandelten Mordfälle ist lang und enthält als Opfer neben führenden Angehörigen der Antifa-Szene auch Migranten aus Mittelasien, Kaukasier und einen Richter, den im April 2010 erschossenen Eduard Tschuwaschow, der wegen seiner unerbittlichen Haltung gegenüber Gewalttätern aus dem Neonazimilieu ins Visier von BORN geriet. Bezeichnend für das Selbstverständnis von BORN ist ebenso der Mord an dem armenischen Taxifahrer Sos Chatschikian. Er starb, weil er angeblich eine Angestellte eines Telefonladens angegriffen haben soll. Der Fall BORN hat – im Vergleich zur NSU-Debatte in Deutschland – keine umfassende politische sowie gesellschaftliche Debatte über das Versagen des Rechtsstaates sowie der Polizei gegenüber rechtem Terror ausgelöst. Nach wie vor hat rechte Gewalt nur einen geringen Nachrichtenwert, lediglich spektakuläre Fälle schaffen es in die Öffentlichkeit, wie der Angriff auf einen Tschetschenen im Oktober 2013. Das Opfer wurde in einem Kleinbus durch den Sitz hindurch mit einem Messer attackiert und schwer verletzt (s. Grafik 1 und Tab. 4–6, S. 18/19).

Der russische Marsch 2014

Eine feste Größe im Kalender der russischen Rechten ist der jährliche »Russische Marsch«, welcher seit 2005 am »Tag der Volkseinheit« begangen wird. Thematisch geht es vor allem gegen Migranten, Kaukasier, Homosexuelle und für ein reines – sprich »weißes« – Russland. Auf der Internetseite der Organisatoren finden sich Plakate und Aufkleber mit der Schwarzen Sonne, dem Keltenkreuz, SS-Totenköpfen, Bildern, auf denen der Leitspruch der deutschen SS »Meine Ehre heißt Treue« hinterlegt ist, sowie religiös klerikale Darstellungen. Hakenkreuzfahnen, Hitlergrüße und Gewalttaten im Umfeld des Aufmarsches gehören zu den ständigen Begleiterscheinungen der Demonstration. Der Marsch, der sonst bis zu zehntausend Nationalisten und Neonazis in Moskau mobilisiert, brachte dieses Jahr unter dem Motto »Russischer Marsch für eine russische Einheit« jedoch weniger als 3.000 Demonstranten auf die Moskauer Straßen. Für Konfliktstoff sorgten auch hier die Ereignisse in der Ukraine. Obwohl die Organisatoren im Vorfeld darum gebeten hatten, das Verhältnis zu den neuen Staatsgebilden in der Ostukraine nicht zu thematisieren, waren zahlreiche »Neurussland-Fahnen« im vorderen Teil der Demonstration nicht zu übersehen, während die Kolonnen in der zweiten Hälfte sich lautstark davon distanzieren. Ein Teil der Teilnehmer schloss sich

kurzerhand einer Konkurrenzveranstaltung im Nordwesten Moskaus zur Unterstützung von »Neurussland« an, an der sich etwa 1.500 Personen beteiligten. Alexander Below, Anführer der Bewegung »Russkije« und einer der Organisatoren des russischen Marschs, wurde bereits Mitte Oktober wegen Geldwäsche unter Hausarrest gestellt. Die Verhaftung kurz vor dem jährlichen Großereignis russischer Nationalisten, kann als deutlicher Wink aus dem Kreml interpretiert werden. Ein massiver Aufmarsch russischer Neonazis in der Hauptstadt passt nicht gut in das Bild des aufrechten »antifaschistischen« Staates, der die russischsprachige Bevölkerung im Donbass vor den vermeintlichen Faschisten im restlichen Teil der Ukraine schützt.

Insofern ist es nur konsequent, dass der 4. November erstmals mit einer offiziellen Demonstration im Moskauer Stadtzentrum begangen wurde. Nach Angaben der Polizei nahmen an der Veranstaltung unter dem Motto »Wir sind vereint« 75.000 Menschen teil. Selbst der russische Präsident Wladimir Putin und Patriarch Kyrill fanden sich ein, um gemeinsam Blumen niederzulegen.

Fazit

Der russische Staat inszeniert sich derzeit als Kämpfer gegen den ukrainischen Faschismus, an der beschriebenen Gewaltbereitschaft russischer Neonazis ändert sich indes nichts. Ungeklärt ist die tatsächliche Stärke und Einfluss der ukrainischen Nazis im aktuellen Konflikt. Das Bedrohungspotential für die russische Öffentlichkeit ergibt sich aus den sowjetisch geprägten Vorstellungen von Faschismus im Allgemeinen und ukrainischen Nazi-Kollaborateuren im zweiten Weltkrieg im Besonderen. Aufgrund dieses ideologisch gefärbten Halbwissens wirkt die Präsenz rechter politischer Kräfte in der Ukraine unabhängig von ihrer realen Bedeutung nur noch bedrohlicher. Für die russischen Neonazis bedeutet diese Situation zumindest vorläufig einen geringeren politischen Handlungsspielraum und weniger öffentliche Wahrnehmung. In der zukünftigen Praxis ist eine vermehrte Organisierung im Untergrund nicht auszuschließen.

Über die Autoren

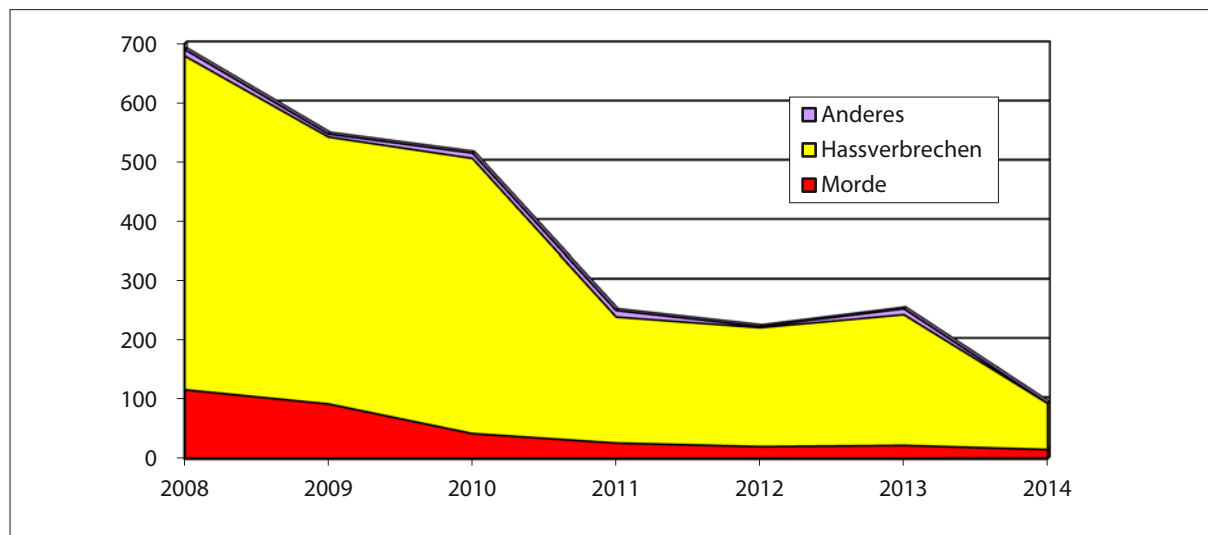
Robert Kusche ist Osteuropawissenschaftler und seit 2013 Geschäftsführer des Bereichs Opferberatung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V.. Gemeinsam mit Ute Weinmann hat er 2010 die Situation von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt für die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« untersucht. Ute Weinmann ist Diplom-Politologin und seit 1999 für die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Moskau sowie als freie Journalistin tätig. Bis zum Jahr 2002 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Osnabrück im Rahmen eines Forschungsprojektes über ehemalige »Ostarbeiter«.

Lesetipps

- SOVA Center for Information and Analysis (Hg.): Xenophobia, Freedom of Conscience and Anti-Extremism in Russia in 2013, Moskau, 2014; <<http://www.sova-center.ru/files/books/pe14-obl.pdf>>.
- Laruelle, Marlene: Russia's radical right and its Western European connections: Ideological borrowings and personal interactions, in: Mats Deland, Michael Minkenberg, Chrstin Mays (Hg.): In the Track of Breivik, Far right networks in Northern and Eastern Europe, Berlin, Münster et al., 2014.
- Reach out Berlin (Hg.): Hate Crime in Russland, Monitoring und Unterstützung für Betroffene rassistischer Gewalt, Berlin, Oktober 2010; <http://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/Uebersicht-gefoerderte-Studien/Stop-Hate-Crime/russia_full_german.pdf>.

Rechtsextreme Gewalttaten in Russland

Grafik 1: Rechte und rassistische Gewalttaten in Russland 2008–2014



Quelle: Datenbank des Sowa-Zentrums zu Gewalttaten in Russland gegen verschiedene Personengruppen: Database: Acts of violence <<http://www.sova-center.ru/en/database/violence/?tip1=301&xfield=phenotype&yfield=y&victims=Max&show=1>>, 26. November 2014>

Tabelle 4: Rechte und rassistische Gewalttaten allgemein 2008–2014

Opfergruppe	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Summe
Zentralasien	187	134	106	50	41	65	19	602
Kaukasus	119	98	51	23	20	30	13	354
Schwarze	31	61	28	19	27	5	8	179
Arabische Welt	15	2	2	5		1		25
Andere Länder Asiens	50	48	22	14	5	6	3	148
Andere »Nicht-Slawen«	80	64	124	30	16	42	19	375
Jugendgruppen und Linke	130	96	92	46	66	10	12	452
Obdachlose	5	4	4	6	8	5	2	34
Russen	17	9	9	10	6	3		54
Juden	6	4	3	3		3		19
Religiöse Gruppen	8	3	32	30	12	50	8	143
LGBT	8		5	3	13	29	5	63
Andere	34	24	37	11	9	3	4	122
Residuum						1		1
Summe	690	547	515	250	223	253	93	2.571

Summe: 2571 Betroffene von Gewalttaten

Quelle: Datenbank des Sowa-Zentrums zu Gewalttaten in Russland gegen verschiedene Personengruppen: Database: Acts of violence <<http://www.sova-center.ru/en/database/violence/?tip1=301&xfield=phenotype&yfield=y&victims=Max&show=1>>, 26. November 2014>

Tabelle 5: Rechte und rassistische Morde 2008–2014

Opfergruppe	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Summe
Zentralasien	57	40	18	10	8	14	7	154
Kaukasus	22	18	5	7	4	3	3	62
Schwarze	2	2	1	1				6
Andere Länder Asiens	9	13	3					25
Andere »Nicht-Slawen«	13	8	7	1	1	1	2	33
Jugendgruppen und Linke	3	5	3	1	1			13
Obdachlose	4	4	1	3	6	2	1	21
Russen	3		1	1				5
Juden				1				1
Religiöse Gruppen		1					2	3
LGBT	1					2		3
Andere	2	1	3	1				7
Summe	116	92	42	26	20	22	15	333

Summe: 333 Mordopfer

Quelle: Datenbank des Sowa-Zentrums zu Gewalttaten in Russland gegen verschiedene Personengruppen: Database: Acts of violence <<http://www.sova-center.ru/en/database/violence/?tip1=301&xfeld=phenotype&yfield=y&victims=Max&show=1>>, 26. November 2014>

Tabelle 6: Hassverbrechen 2008–2014

Opfergruppe	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Summe
Zentralasien	132	93	88	37	33	51	12	446
Kaukasus	90	79	46	16	16	27	10	284
Schwarze	27	59	26	18	27	5	8	170
Arabische Welt	15	2	2	5		1		25
Andere Länder Asiens	41	35	19	14	5	6	3	123
Andere »Nicht-Slawen«	64	56	117	29	15	40	17	338
Jugendgruppen und Linke	127	91	88	45	65	10	12	438
Obdachlose	1		3	3	2	3	1	13
Russen	14	8	8	8	6	3		47
Juden	6	4	3	2		3		18
Religiöse Gruppen	7	2	26	23	10	41	6	115
LGBT	7		5	3	13	27	5	60
Andere	32	21	33	10	9	3	4	112
Residuum						1		1
Summe	563	450	464	213	201	221	78	2.190

Summe: 2.190 Betroffene von Hassverbrechen

Quelle: Datenbank des Sowa-Zentrums zu Gewalttaten in Russland gegen verschiedene Personengruppen: Database: Acts of violence <<http://www.sova-center.ru/en/database/violence/?tip1=301&xfeld=phenotype&yfield=y&victims=Max&show=1>>, 26. November 2014>

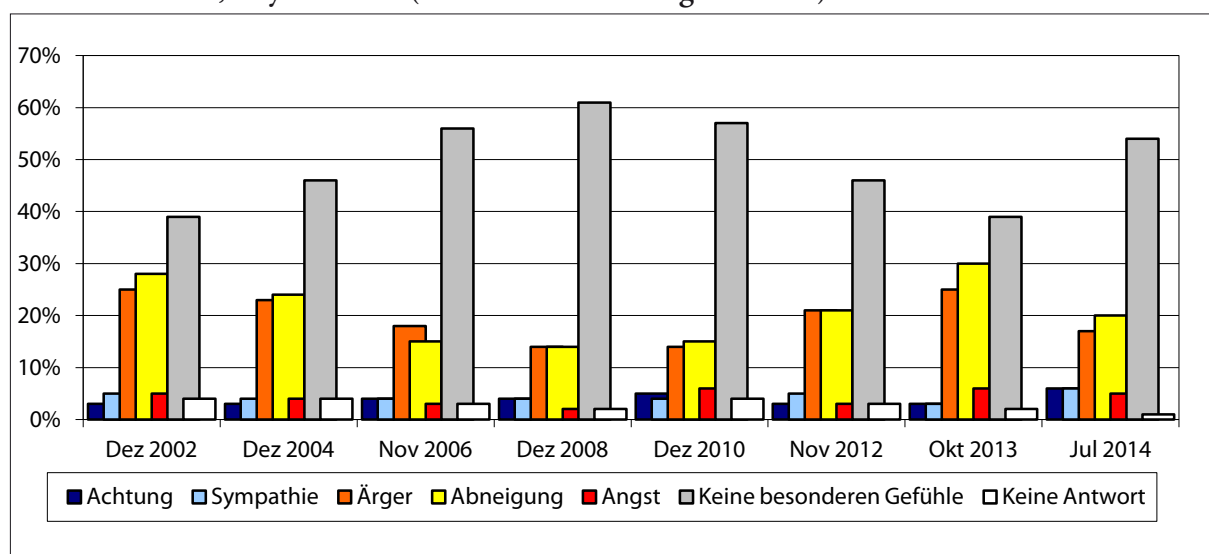
Nationalismus, Xenophobie und Migration

Tabelle 7: Sollte der Aufenthalt folgender Personengruppen in Russland eingeschränkt werden? (mehrere Antwortmöglichkeiten)

	Aug. 2004	Aug. 2006	Aug. 2007	Aug. 2012	Okt. 2013	Juli 2014
Kaukasier	46 %	42 %	44 %	42 %	54 %	38 %
Zentralasiaten	31 %	23 %	25 %	35 %	45 %	33 %
Chinesen	39 %	41 %	41 %	37 %	45 %	29 %
Vietnamesen	39 %	35 %	34 %	31 %	32 %	27 %
Sinti und Roma	32 %	29 %	25 %	29 %	32 %	23 %
Juden	15 %	13 %	10 %	10 %	8 %	8 %
Ukrainer	8 %	7 %	6 %	6 %	5 %	8 %
Aller Nationalitäten außer Russen	14 %	11 %	10 %	13 %	14 %	14 %
Es sollten keine Aufenthaltsbeschränkungen gegen irgendwelche Nationalitäten eingeführt werden	21 %	25 %	23 %	18 %	11 %	21 %
Keine Antwort	5 %	7 %	8 %	9 %	8 %	10 %

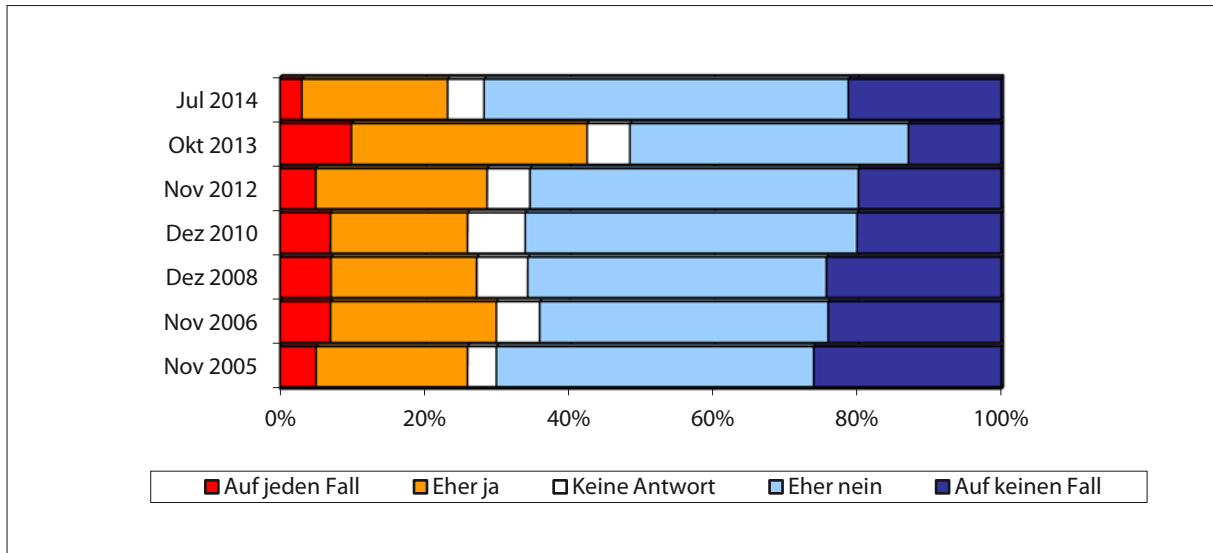
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 2: Welche Gefühle hegen Sie gegenüber Personen aus südlichen Republiken, die in ihrer Stadt, Rayon leben? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



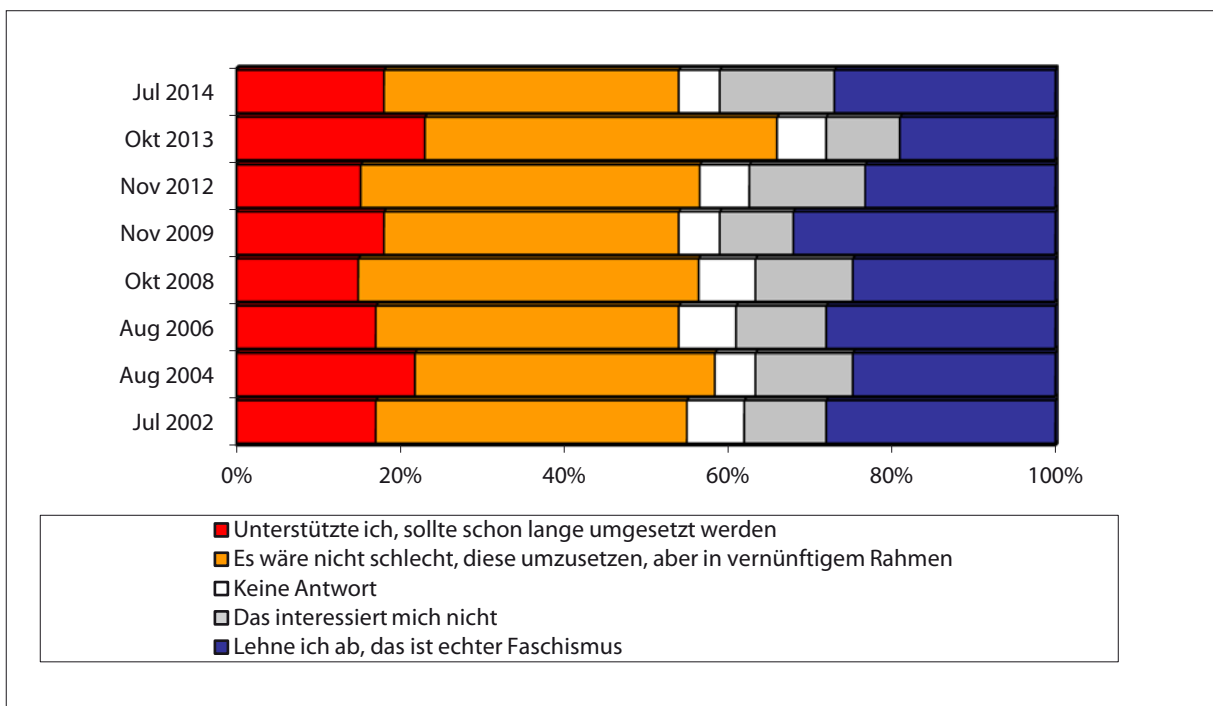
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 3: Spüren Sie aktuell in ihrer Stadt/Rayon interethnische Spannungen?



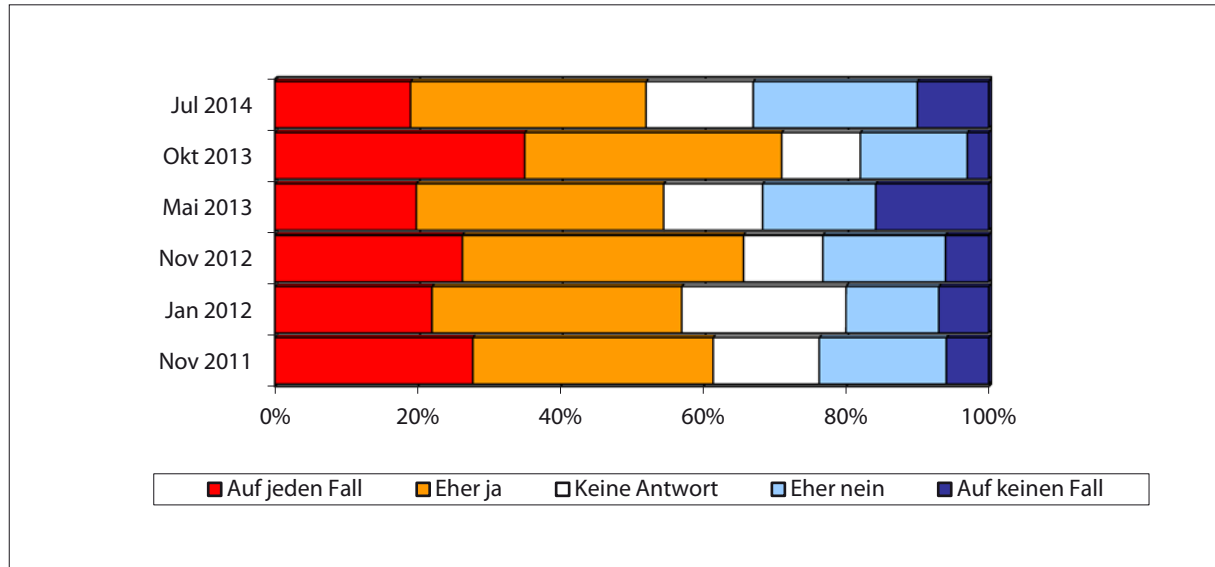
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 4: Wie stehen Sie zu der Idee »Russland den Russen«?



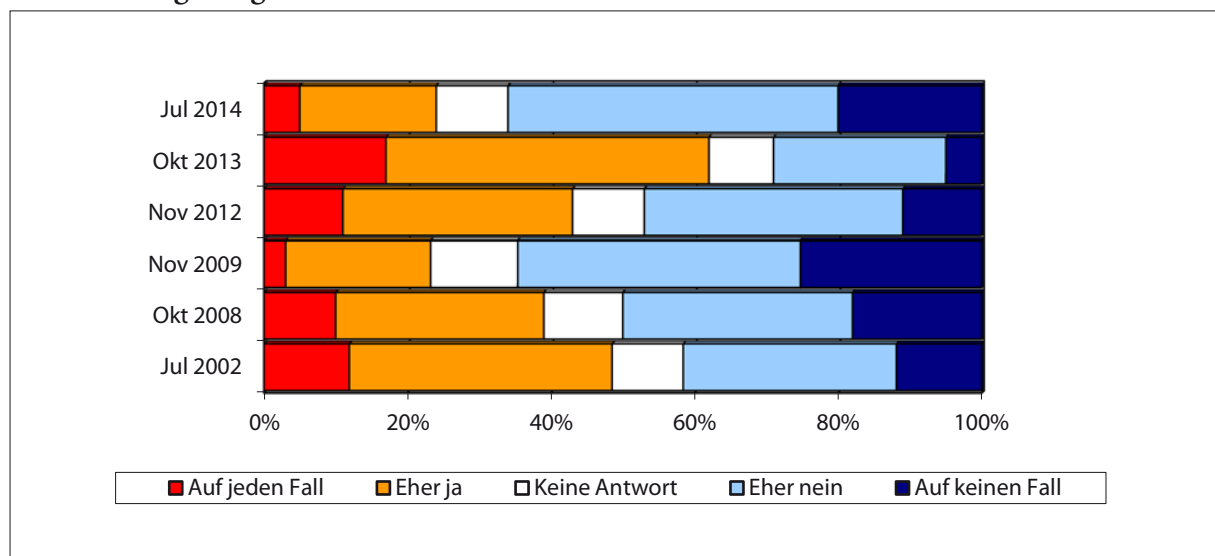
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 5: Unterstützen Sie die Losung »Es reicht, den Kaukasus zu füttern«?



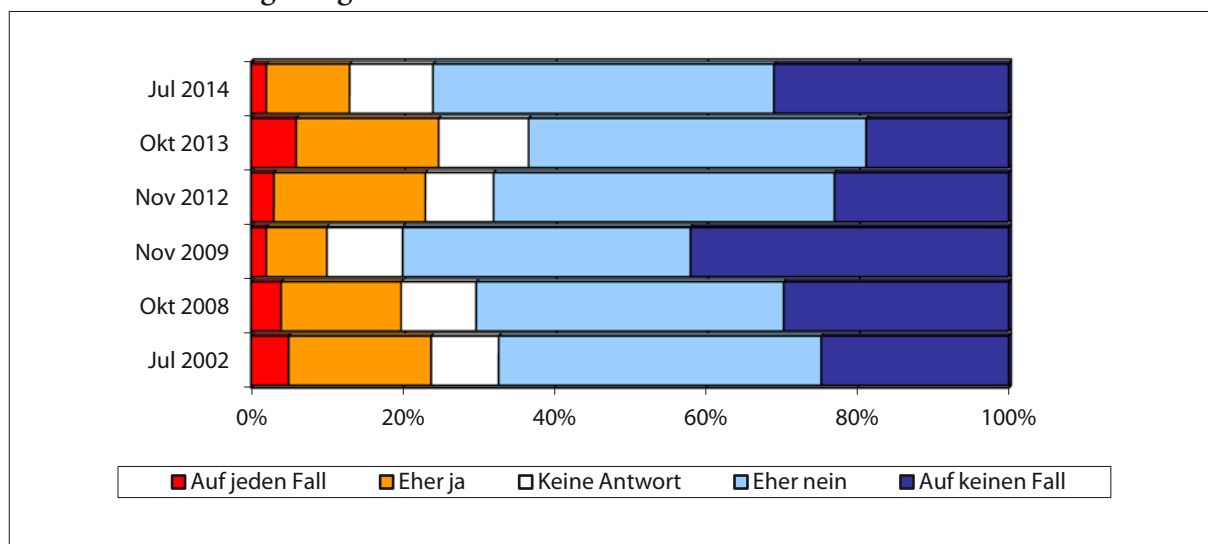
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 6: Sind heute in Russland blutige Massenausinandersetzungen auf ethnischer Grundlage möglich?



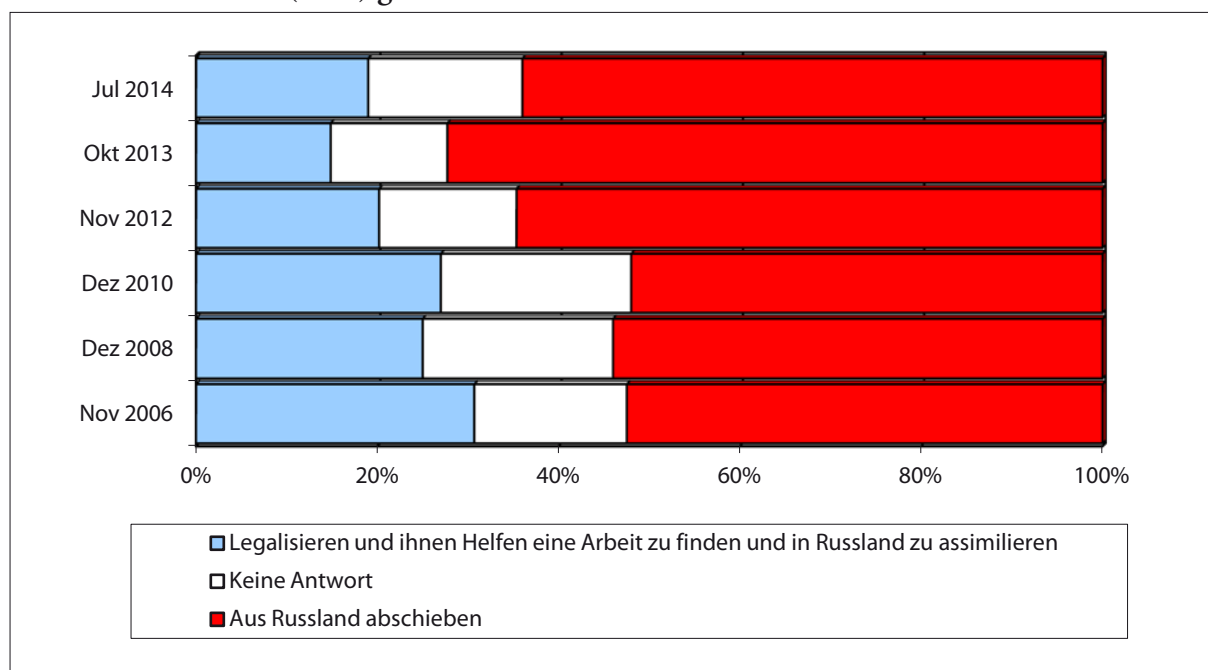
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 7: Sind heute an ihrem Wohnort blutige Massenauseinandersetzungen auf ethnischer Grundlage möglich?



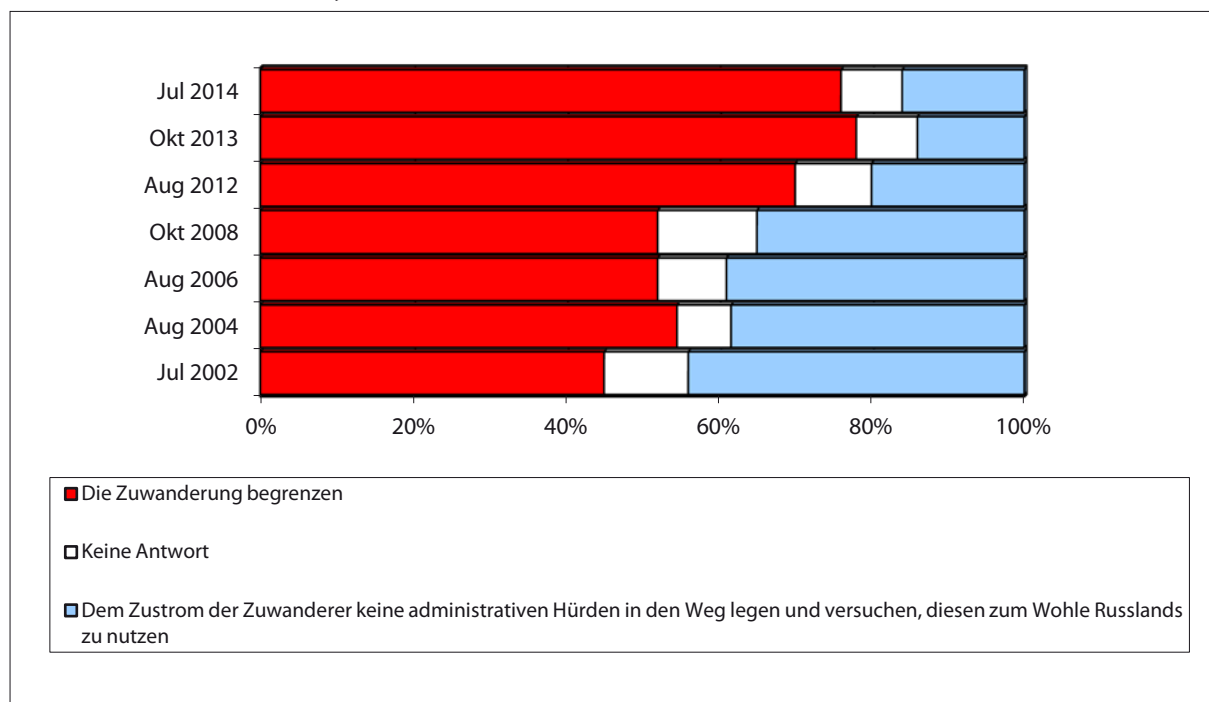
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 8: Was sollte Ihrer Meinung nach mit illegalen Einwanderern aus Ländern des »Nahen Auslands« (GUS) geschehen?



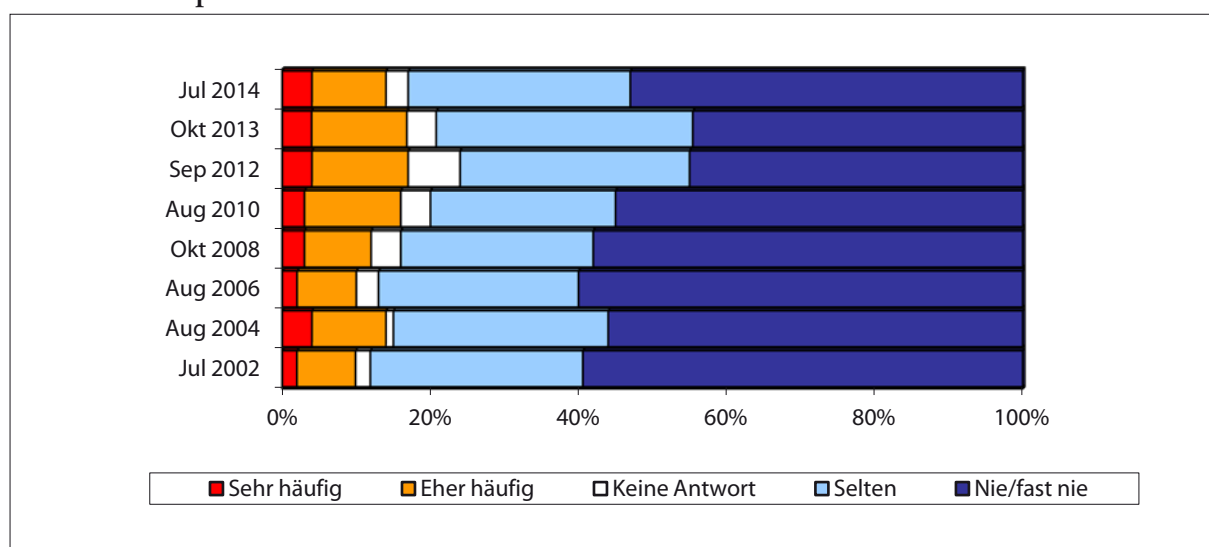
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 9: Welche Politik sollte die russische Regierung verfolgen: die Zuwanderung begrenzen oder dem Zustrom der Zuwanderer keine administrativen Hürden in den Weg legen und versuchen, diesen zum Wohle Russlands zu nutzen?



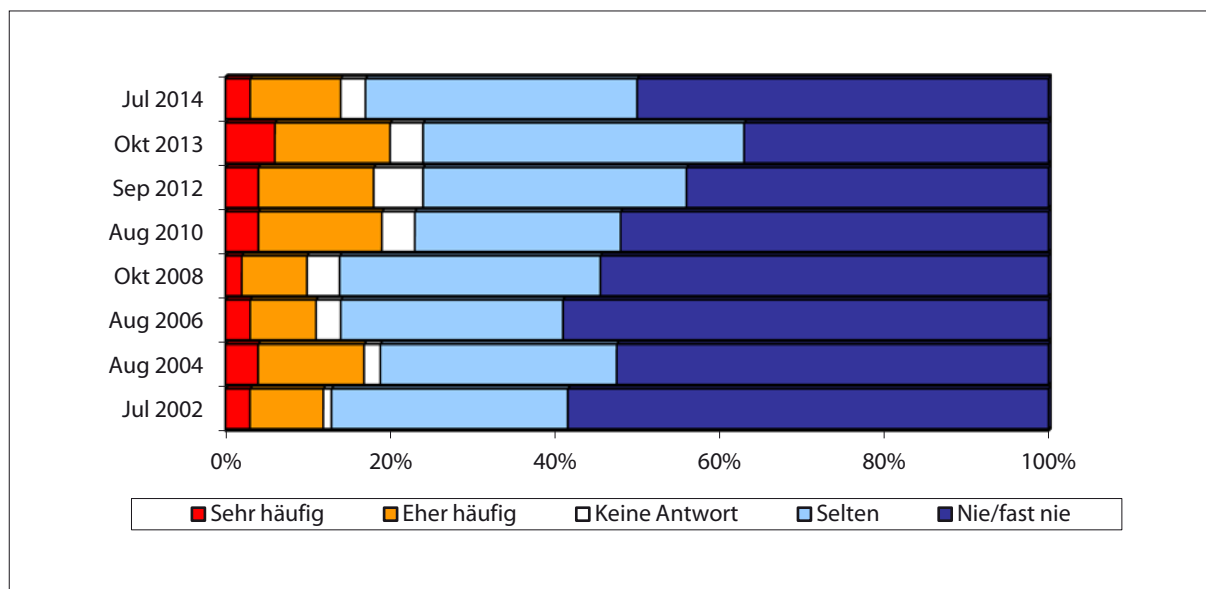
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 10: Empfinden Sie Feindschaft von seiten Menschen anderer Nationalität?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

Grafik 11: Fühlen Sie aktuell eine Feindschaft Ihrerseits gegenüber Menschen andere Nationalität?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. August 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Zum Jahrestag des Maidan

Vor einem Jahr begann der zweite Maidan in Kiew, der sich aus kleinen Kundgebungen für die Eurointegration rasch zur realen Revolution mit Straßenschlachten und vielen Toten im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt und schließlich zum Sturz und der Flucht von Präsident Janukowitsch entwickelt hat. Der Umbruch in der Ukraine, die darauf folgende Annexion der Krim durch Russland und der noch immer andauernde Krieg im Donbass mit Tausenden Opfern haben den größten geopolitischen Konflikt des neuen Jahrhunderts eingeleitet. Für viele Ukrainer bedeutete der Maidan aber nicht nur eine politische Wende, sondern auch einen Aufschwung des Nationalbewusstseins. Welche Implikationen die ukrainische »Revolution des Geistes« für die Gesellschaft Russlands hat, diskutieren Blogger anlässlich des Jahrestages des Maidan; zu Wort meldeten sich unter anderem der Blogger und ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift »Russisches Leben« Dmitrij Olschanskij, der Publizist und Psychologe Alexander Selitschenko, Alexander Gornyj (ein Blogger aus Simferopol) sowie der namhafte russische Schriftsteller Boris Akunin.

Maidan: Gipfel russischer nationaler Erniedrigung

»Zum Jahrestag des Maidan möchte ich Folgendes sagen. Der Maidan war der Gipfel russischer nationaler Erniedrigung: Als es so schien, dass alles, was es in Kiew, in der Ukraine, ja überhaupt in der russischen an Lebhaftem, Starkem und Ungehorsamem gab, gegen uns gerichtet war, und auf unserer Seite nur noch Diebe, Polizisten, die nicht schießen dürfen, sowie »Gopniki« in Adidas-Klamotten standen.

Und am 21./22. Februar erreichte diese Herabwürdigung ihre letzte finstere Grenze: »Alles ist vorbei, alles verloren, und weiter wird es nichts mehr geben«. Und dann geschah plötzlich ein Wunder. Frauen mit Tränen in den Augen begrüßten auf der Krim die »Berkut« [Spezialeinheiten der Miliz] mit Blumen. Die Demonstration in Sewastopol. Tschalyj im Pullover. [Gemeint ist der Bürgermeister von Sewastopol Alexej Tschalyj, der zur Unterzeichnung

des Abkommens über den Beitritt der Krim bei Putin im Kreml im schwarzen Pullover erschien; d. Red.] Der Morgen des 27. Februars, als das Regierungsviertel Simferopols erobert wurde. Das absolut niemandem bekannte Mitglied des antiquierten Forums »Kotytsch«, der die Besetzung der militärischen Einrichtungen leitete. Die Videos von Luhansker Partisanen, denen damals noch niemand glaubte. Die stolzen Ukrainer, die in Donezk gezwungen wurden niederzuknien. Und vieles, vieles andere, was damals entstand, später entstand und vielleicht noch bevorsteht.

Dem Maidan sei Dank! Denn durch ihn sind die Russen wiederauferstanden.«

Dmitrij Olschanskij auf Facebook, 21.11.2014; <<https://www.facebook.com/spandaryan/posts/851158391571647>>

Wir dürfen das Volk von Noworossija in Stich nicht lassen

»Heute sprechen viele Medien über die Ereignisse vor einem Jahr auf dem Maidan. Über Ereignisse, die tatsächlich den Beginn des Auseinanderbrechens der Ukraine verursacht haben. Wie werden sie ein Jahr später gesehen? Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, aber nur Spinner können darauf bestehen, dass sich alles zum Besseren verändert hat. Die Ukraine zerfällt, im Osten Europas herrscht ein Bürgerkrieg, es hat eine Neuaufteilung [peredel] der Welt begonnen, genauer gesagt: amerikanische Willkür [bespredel].[...]

Diese [alte] Ukraine gibt es nicht mehr, und es ist unklar, was von ihr bleiben wird wegen der Provokation und jener »Kinder«, die die Zerschlagung des Landes losgetreten haben.

Und übrigens: Ich bin absolut überzeugt, dass, je weiter wir uns von diesem übergeschnappten Territorium fern halten, desto besser für uns. Wir dürfen allerdings die Bevölkerung von Neurussland nicht im Stich lassen. Ja, die armen Menschen im Osten [der Ukraine] würden sich nun selbst über den Teufel freuen, wenn es nur Frieden würde. Sie begreifen aber nicht, dass der Krieg ihnen als Paradies erscheinen wird, sobald die Nationalisten dorthin einmarschieren. Die werden alle säubern und wegätzen.«

Alexander Gornyj bei Echo Moskwy, 30.11.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/amountain/1446428-echo/>>

Werden auch wir, Brüder, Herren im eigenen Land sein?

»Vor einigen Tagen war ich auf dem Konzert der Band »Okean Elsy«. Bin tief beeindruckt. Und sinniere über ungewöhnliches.

Zu den ungewöhnlichen Gedanken später, zunächst zum Eindruck. Nein, nicht von der Musik, die war wunderbar; ich hatte sie vorher schon mal gehört.

Vom Publikum.

Ich fand mich in einem großen Saal wieder, voll mit in »Wyschiwanka« [ukrainische Volkstracht] gekleideten Leuten. Mädels hatten Kränze am Kopf à la Natalka Poltawka [Protagonistin des gleichnamigen ukrainischen Theaterstücks, das als Oper und Film adaptiert wurde]. Bei geringstem Anlass riefen alle fast schon im Chor »Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!« und schwenkten gelb-blaue Fahnen. Zum Schluss sang der ganze Saal zusammen mit Wakartschuk [dem Frontman von Okean Elsy] die Nationalhymne: »Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben«.

Als ich mir das alles anschaute, bekam ich ein starkes Gefühl, dessen Natur mir nicht sofort verständlich war; und als es mir klar wurde, war ich sehr überrascht.

Dieses Gefühl war, wie es sich heraus stellte, grausamer Neid. Wissen Sie, ein Neid wie in der Kindheit, du sitzt zuhause mit einer Erkältung und schaut aus dem Fenster, wo alle etwas unglaublich interessantes spielen; dort ist es einfach toll. Und du hast Fieber, die Nase läuft, die Kehle ist wie Schmirgelpapier und bald steht die ekelhafte Milch mit Soda an und du bekommst dein Senfpflaster.

Denn wenn bei uns eine Menschenmasse »Ruhm sei Russland!« ruft und Fahnen schwenkt, ist es entweder eine staatlich-patriotische Aktion oder eine Zusammenrottung aggressiver Fremdenhasser. Und Landsleute, die Michalkows Nationalhymne vom »ewigen Bund brüderlicher Völker« singen, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, da fehlt mir die Vorstellungskraft.

Bemerkenswert war auch, dass die Menschen auf dem Konzert, auch die »Natalka Poltawkas«, zum Großteil untereinander Russisch gesprochen haben. Irgendein junger Mann kam zu mir und sprach mich barsch an: »Ich bitte Sie nur um eins: Lassen Sie bitte Ihren Fandorin in ihrem nächsten Roman nicht mit dem Rechten Sektor verfeindet sein«. All das war zweifellos wahrer ukrainischer Nationalismus, allerdings kein ethnischer, sondern ein staatlicher. Und ein *vollkommen freiwilliger*, da die Sache nicht in Kiew, sondern in London stattfand.

Die Altgedienten unserer Community erinnern sich wahrscheinlich, dass ich vor rund drei Jahren in der Ukraine war und dann hier im Blog schrieb, es komme meines Erachtens kein Land zustande; ich hatte nicht gespürt und nicht verstanden, was die Ukraine eigentlich ist. Ich habe alle Einheimischen gefragt. Keiner, selbst kluge Professoren aus Lwow, konnten mir eine Formel des »Ukrainertums« erstellen.

Jetzt gibt es diese Formel. Mit bloßem Auge sichtbar. Sie heißt »nationale Wiedergeburt«. Und »Danke schön!« sollten die Ukrainer wohl Janukowytsch und Putin sagen, da der erste den Maidan provoziert hat und der zweite den Ukrainern geholfen hat, sich zusammenzuschließen und zu einer Nation zu werden.

Nachdem ich meinen Neid ausgekostet hatte, erinnerte ich mich daran, wie wir im August 1991 ebenfalls mit russischen Fahnen herumgelaufen waren, und wie toll das war. Dann aber, sehr bald, haben wir es aufgegeben. Pfui! Offizieller Glanz und Spiegelfechtere!

Dann bewegten sich in meinem durch und durch liberal-kosmopolitischen Kopf reichlich unbequeme Gedanken, die schon nichts mehr mit der Ukraine zu tun haben.

Wissen Sie, ich habe den modernen Nationalismus stets für Barbarei gehalten, einen Anachronismus und, schlimmer noch, für Häresie. Allein das Wort schon wirkte auf mich wie ein Allergen. Dann aber habe ich eine Menschenmasse gesehen, die stolz auf ihre Nationalflagge ist, die die Nationalhymne nicht unter dem schwebenden Knüppel singt – und die dabei *niemanden verdammt oder verhasst, sondern einfach sich freut* –, und ich war voll Neid und Bitterkeit, dass dies unter den Realitäten Russlands nicht möglich ist.

Wird es aber ohne einen solchen Aufschwung und eine solche Geschlossenheit nichts Gutes in unserem Lande geben?

Es ist klar, dass russischer, tatarischer, baschkirischer, dagestanischer und jeder andere ethnische Nationalismus nur zu Schlägerei und Unglück führen. Aber *russländischer* Nationalismus? Einer, der die Ethnien Russlands nicht trennt, sondern sie zu einer gemeinschaftlichen Sache vereinigt, die für alle interessant und wichtig ist? [...]«.

Boris Akunin auf Livejournal, 22.11.2014 <<http://borisakunin.livejournal.com/138835.html>>

Revolution des Geistes

»Was hat der Maidan der Ukraine gebracht? Vor allem Selbstwertgefühl. Die Ukrainer fühlen sich nun als Herren ihres eigenen Landes. Es ist nicht wichtig, inwieweit jeder von ihnen schon heute zum tatsächlichen Herrn geworden ist. Wichtig ist, dass sich jeder nicht mehr als Untertan fühlt, sondern als Bürger. [...]

Selbstverständlich haben die Veränderungen in der Ukraine nicht alle ukrainische Probleme gelöst, aber sie haben das wichtigste geschaffen, ein handelndes Individuum, einen Arbeiter, der seine Sache für gerecht hält und deswegen in der Lage ist, sie zum Ende zu bringen. Die Veränderungen beim östlichen Nachbarn der Ukraine haben einen völlig anderen Charakter. Der Krieg hat auch hier Impulse zur Einigung erzeugt. Doch hat unsere Einigung eine andere Grundlage – nicht »unsere Sache ist gerecht«, sondern »wir haben gemeinsam etwas begangen«. Auf diese Weise werden kriminelle Banden durch gemeinsames Vergehen zusammengeschweißt. Darüber hat bereits Dostojewskij in seinem Roman mit dem vielsagenden Titel »Die Dämonen« geschrieben.[...]

Die Kraft des Schlages, den der Maidan Russland versetzt hat, ist schwerlich zu überschätzen. Je besser, sauberer und freier die Luft zum Atmen in der Ukraine wurde, desto schlimmer, dreckiger, stickiger wird es bei uns.[...]

Natürlich kann man (wie bei jedem Unglück) in dieser »Revolution des Geistes«, die der Maidan und seine Konsequenzen bei uns ausgelöst haben, eine lichte Seite sehen: Wir könnten nach einer Aufarbeitung dessen, was uns widerfahren ist, daraus etwas lernen. Aber das ist heute gerade unser Hauptproblem, dass wir nicht in der Lage sind, zu lernen und zu aufzuarbeiten. Uns wurde der Verstand entzogen.

Und das macht einem erst richtig Angst.«

Alexander Selitschenko bei Echo Moskwy, 23.11.2014 <http://echo.msk.ru/blog/ruskiysvet_dot_narod_dot_ru/1442002-echo/>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

20 Jahre Beginn des Tschetschenienkriegs

Jens Siegert, Moskau

Vor ziemlich genau 20 Jahren begann der Erste Tschetschenienkrieg. Ziemlich genau. Denn die genaue Datierung ist nicht ganz einfach. Es gibt drei Daten. Am 26. November 1994 versuchten etwa 1.200 tschetschenische Kämpfer, unterstützt von russischen Soldaten, die tschetschenische Hauptstadt Grosny zu erobern. Der Versuch scheiterte blutig. Die Angreifer wurden aufgerieben. Viele wurden getötet. Daraufhin unterschrieb Präsident Boris Jelzin am 30. November einen Ukas zur »Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung« in Tschetschenien. Am 11. Dezember dann marschierten russische Truppen nach Tschetschenien ein, aus dem sie sich nach dem Ende der Sowjetunion fluchtartig und unter Zurücklassung fast aller Waffen zurückgezogen hatten.

Nachdem diese Notizen schon fertig und redigiert waren, hat eine unbekannte Zahl von Bewaffneten im Stadtzentrum von Grosny mehrere Gebäude besetzt. Es gibt Tote. Die, laut tschetschenischem Oberhaupt Ramzan Kadyrow, inzwischen »sicherste Stadt Russlands« ist ganz plötzlich wieder unsicher geworden. Die Menschen fürchten sich, einige flüchten. Schnell sind die Erinnerungen an noch schrecklichere Zeiten zurück. Um diese Erinnerungen geht es hier. Im Folgenden werde ich weniger analysieren und bewerten als vielmehr, ja, (mich, uns) erinnern. Denn wir mögen uns daran gewöhnt haben, nicht mehr alltägliche Schreckensmeldungen aus Tschetschenien zu hören. Der aktuelle Schrecken dort ist ruhiger, friedhofsruhiger. Aber er ist nicht weg. Nur verdrängt. Von Hoffnung und von Angst.

Mit dem Ende der Sowjetunion hatte die tschetschenische Führung unter dem Ex-Sowjet-General Dschochar Dudajew ein unabhängiges Tschetschenien ausgerufen. Wirtschaftlich mehr schlecht als recht am Leben gehalten wurde dieses Gebilde durch den Verkauf von Erdöl, vor allem aber als faktische Offshore-Zone nach Russland. Russische Gesetze und Kontrollen galten nicht. Irgendwelche Grenzen zwischen Russland und Tschetschenien, physische, administrative oder wirtschaftliche, gab es aber auch nicht. Praktisch alle Moskauer Banken hatten zu jener Zeit in Grosny Filialen (während es im übrigen Land mit der Bankenversorgung immer noch sowjetisch schlecht stand), über die munter Geld gewaschen und in alle Welt aus Russland rausgebracht wurde. Die »Wäscher« kamen aus allen Bereichen: aus Ministerien, dem ehemaligen Parteiapparat, dem Geheimdienst oder bereits neu entstandenen Privatfirmen. Tschetschenien schien auf dem Weg aus der gerade neu entstandenen »Russischen Föderation« zu sein.

Bis zum Herbst 1994 gab es viele (formelle und informelle) Verhandlungen über die Zukunft Tschetscheniens. Im Gespräch waren unterschiedliche Modelle, die unterschiedliche Grade an Autonomie vorsahen. Eine irgendwie geartete Unabhängigkeit lehnte Präsident Jelzin aber kategorisch ab. Nach dem misslungenen Angriff auf Grosny am 26. November 1994 (seine Beteiligung daran stritt der Kreml ab) wurde allen klar, dass es nur noch die Wahl zwischen offenem militärischen Eingreifen oder tschetschenischer Unabhängigkeit gab. Jelzin entschied sich für den Krieg.

Doch das große, schwache Land mit seiner zerfallenden Armee und schlecht bezahlten Polizeitruppen war nicht vorbereitet auf diesen Krieg in seiner Peripherie. Die Tschetschenen hatten sich besser gerüstet. Nicht nur aus militärischer Sicht wurde der Krieg zu einem Desaster für den Kreml und das ganze Land. Der Kreml schickte größtenteils junge, kaum ausgebildete Wehrpflichtige in den, wie es in der Presse schnell hieß, tschetschenischen »Fleischwolf«. Negativ beispielhaft steht für dieses je nach Sichtweise hilflose oder verbrecherische Vorgehen der zweite, in der Neujahrsnacht von 1994 auf 1995 unternommene Versuch Grosny einzunehmen. Die russischen, mit Panzern ausgestatteten Truppen wurden von den tschetschenischen Rebellen im Häuser- und Straßenkampf vernichtend geschlagen. Die genaue Zahl der vielen Toten ist bis heute nicht bekannt. Bilder dieser, im direkten Wortsinn, Schlacht, gelangten über die unter Jelzin weitgehend vom Staat unabhängigen Presse, besonders über das Fernsehen, auch in die letzten Winkel des Landes.

Auch im Weiteren kann man den Erste Tschetschenienkrieg als eine Aneinanderreihung von Versagen und Niederlagen der »föderalen Truppen« des Moskauer Zentrums erzählen. Ein Ereignis ragt aber noch heraus: Vom 14. bis 19. Juni 1995 nahm eine Gruppe von 195 Rebellen unter der Führung von Schamil Bassajew fast 2.000 Menschen, Patienten und Krankenhauspersonal, im Krankenhaus der Kreisstadt Budjonnowsk im an Tschetschenien grenzenden Gebiet Stawropol als Geiseln. Nach einem gescheiterten Befreiungsversuch verhandelte der damalige Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin die Freilassung der Geiseln gegen freien Abzug der Geiselnnehmer. 129 Menschen ließen ihr Leben. Menschenrechtler um den damaligen Menschenrechtsbeauftragten Sergej Kowaljow hatten sich als Austauschgeiseln zur Verfügung gestellt.

Schon damals war klar, dass dieses Russland diesen Krieg auf dem eigenen Staatsgebiet militärisch nicht

würde gewinnen können. Doch erst nach einem weiteren Jahr mit unzähligen weiteren Toten, erst nach der Wiederwahl von Boris Jelzin im Frühjahr 1996, kam es im August zum »Friedensschluss von Chassawjurt« durch den speziell damit beauftragten General Alexander Lebed. In der Vereinbarung zwischen Zentrum und Rebellen wurde der künftige Status von Tschetschenien nicht festgelegt, sondern eine Entscheidung darüber bis zum 31. Dezember 2001 vertagt. Faktisch war das trotzdem eine Kapitulation des Kremls.

Die »Tschetschenische Republik Itschkerien«, wie sich die Rebellen nun nannten, nutzte die anschließende Zeit, die wir heute die Zeit zwischen den Kriegen nennen, schlecht. In Tschetschenien entwickelte sich, nur unzureichend vom neuen Präsidenten Aslan Maschadow (Dudajew war im April 1996 von einer russischen Rakete getötet worden) kontrolliert, ein Räuberstaat, den man eigentlich kaum »Staat« nennen konnte. Zwei parallele Prozesse kennzeichneten die nächsten zwei Jahre: eine vor allem durch zahlreiche, oft aus dem arabischen Raum kommende Söldner voran getriebene Islamisierung des öffentlichen Lebens und die Entwicklung von Geiselnahmen als neben dem Ölexport wichtigstem »Geschäftszweig« der faktisch, wenn auch nicht de jure unabhängigen Republik.

Derweil träumten viele sogenannte Kämpfer, an der Spitze der bereits erwähnte Bassajew und ein sich Chattab nennender »Feldkommandeur« arabischer Herkunft, von einem »Emirat« im gesamten zu Russland gehörenden Nordkaukasus. Am 7. August 1999 drangen tschetschenische Einheiten mit Bassajew und Chattab an der Spitze in die Nachbarrepublik Dagestan vor. Am 9. August ernannte Boris Jelzin in Moskau den bisherigen Chef des Inlandsgeheimdienstes Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten. Zwischen dem 4. und dem 16. September wurden bei Anschlägen vier Wohnhäusern in Buynaksk in Dagestan, Moskau und Wolgodonsk in Südrussland in die Luft gesprengt. Insgesamt starben 402 Menschen in den Trümmern. Es gab über 1.700 Verletzte.

Spätestens diese Anschläge gaben den Ausschlag (oder, wie andere sagen, den Anlass) zum Beginn des Zweiten Tschetschenienkriegs. Wer diese Anschläge geplant und ausgeführt hat, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Vieles weist auf eine Beteiligung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB hin. Ich neige zu der Annahme, dass sowohl Bassajew, Chattab und Co. als auch einflussreiche Kreise in der russischen Führung ein Interesse daran hatten, den Krieg wieder heiß werden zu lassen – was auch geschah. Russische Kampfflugzeuge begannen Ziele in Tschetschenien, vor allem in der Hauptstadt Grosny und der unmittelbaren Umgebung zu bombardieren. Am 24. September, einen Tag nach besonders intensiven Bombardements, erklärte Wladimir Putin, gerade zum Ministerpräsidenten ernannt,

man werde die Rebellen »noch auf der Latrine plattmachen«, um die »Sache endgültig zu Ende zu bringen«.

Die Bombardierungen von Grosny und anderen Wohnorten gingen ohne große Rücksicht auf die Zivilbevölkerung weiter. Mehrere Hunderttausend Menschen flüchteten in den angrenzenden Republiken, vor allem nach Inguschetien. Die russischen Truppen öffneten einen Korridor für den ungefährdeten Abzug von Flüchtlingen, der dann aber auch bombardiert wurde.

Mit dem harten, entschlossen, aber auch erbarmungslosen Vorgehen in Tschetschenien begann der kometenhafte Anstieg der Popularität Wladimir Putins. Im Februar 2000 nahmen russische Truppen Grosny ein. Am 12. Juni wurde der Mufti Achmad Kadyrow, der im Ersten Krieg noch auf Seiten der Rebellen gekämpft hatte, zum Republikchef ernannt. Anfang 2001 kontrollierten russische Truppen die allermeisten tschetschenischen Städte und Dörfer. Nach offiziellen Angaben lebten in den Bergen noch etwa 1.000 sogenannte »Kämpfer«, die aber zunehmend die Fähigkeit zu koordiniertem militärischen Vorgehen verloren. Im Laufe des Jahres wurden von den ca. 80.000 russischen Soldaten etwa drei Viertel aus Tschetschenien abgezogen. Damit beginnen erneut zwei parallele Prozesse: die »Tschetschenisierung« (die Begrenzung der gewaltsamen Auseinandersetzung auf Tschetschenien) und der Terrorkrieg im russischen Kernland.

In Tschetschenien kämpften von nun an vor allem Tschetschenen gegen Tschetschenen. Der Kreml gab dem Kadyrow-Clan praktisch freie Hand. Der (selbstverständlich) informelle Deal lautete und lautet bis heute etwa so: Die Kadyrows »befrieden« Tschetschenien, mit welchen Mitteln auch immer, und bekommen die Republik dafür als Lehen und zudem regelmäßige üppige Zahlungen aus dem russischen Staatshaushalt.

Am 23.–26. Oktober 2002 nahmen etwa 40 Rebellen, die man wohl spätestens ab hier auch Terroristen nennen muss, in einem Moskauer Theater während der Aufführung des Musicals »Nord-Ost« 916 Geiseln. Nach erfolglosen Verhandlungen leitete der FSB ein bis heute der Öffentlichkeit unbekanntes Gas in den Zuschauerraum. Das Gas schläferte die Terroristen ein, aber auch die Geiseln. 130 Menschen, darunter die meisten Terroristen, kamen um.

Das blutigste Terrorjahr war 2004. In Grosny wurde bei den Feiern zum Tag des Sieges am 9. Mai der inzwischen zum Präsidenten gewählte Achmad Kadyrow getötet (und mit ihm acht weitere Menschen). Bei einem Angriff von Rebellen auf die Hauptstadt der Nachbarrepublik Inguschetien Nasran gab es 93 Tote, Angreifer und Verteidiger. Bei zwei Bombenanschlägen auf Flugzeuge vom Moskauer Flughafen Domodedowo nach Süden starben 89 Menschen. Eine Bombe an einer Moskauer Bushaltestelle riss 4 Menschen in den Tod. Ein Selbstmordan-

schlag in der Moskauer Metrostation »Rischskaja« kostete zehn Menschen, darunter die Attentäterin das Leben.

Am 1. September, der in ganz Russland der Beginn des neuen Schuljahrs ist, nahmen in der Kleinstadt Beslan wahrscheinlich knapp 40 Terroristen eine ganze Schule samt Lehrern und Familienmitgliedern, insgesamt etwa 1.100 Menschen als Geiseln. Das ganze Land verfolgte im Fernsehen, wie die Schule wenig später explodiert. Es gab, nach offiziellen Angaben, 334 Tote, darunter 186 Kinder. Bis heute ist ungeklärt, ob die Terroristen die Sprengungen auslösten oder eine Rakete der Antiterrorereinheiten.

Präsident Wladimir Putin nutzte den unermesslichen Schrecken im Land über den Tod so vieler Menschen und vor allem der Kinder und erklärte, Stalin paraphrasierend, »wir haben uns als schwach erwiesen – und die Schwachen schlägt man«. Außerdem schlug er als Reaktion auf die Geiselnahme die Abschaffung der Gouverneurswahlen vor.

2005 gab es weitere Anschläge, darunter einen Rebellenüberfall auf die Stadt Naltschik in der nordkaukasischen Republik Karbado-Balkarien mit 50 Toten (35 Polizisten, 15 Angreifer). Der Überfall war ein weiterer Versuch, den in Tschetschenien schon fast erstickten Aufstand in den gesamten Nordkaukasus zu tragen. Bei diesen schrecklichen Aufzählungen dürfen nicht die bis zu 5.000 Menschen vergessen werden, die nach Recherchen von Menschenrechtlern seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs verschwanden und wahrscheinlich alle tot sind.

2007, nachdem er 30 Jahre alt geworden war, wird Ramsan Kadyrow, der Sohn Achmad Kadyrows, von Putin zum tschetschenischen Präsidenten ernannt. Faktisch hatte er die Republik seit der Ermordung seines Vaters mit äußerster Brutalität geführt und setzte das auch fort. Weiterhin verschwanden Menschen in Tschetschenien, allerdings nicht mehr, um als Geiseln später wieder aufzutauchen und freigekauft zu werden, sondern weil sie, aus ganz unterschiedlichen Gründen – hier mischten sich oft Politik und Geschäft – Kadyrow im Weg standen.

Erst 2009 wurde das sogenannte »Anti-Terror-Regime«, eine Art innerer Kriegszustand, der den Sicherheitsorganen besondere Vollmachten gibt, in Tschetschenien aufgehoben. Das änderte aber wenig an der fast absoluten Rechtlosigkeit der Menschen dort. Der Preis für die gewaltsame »Befriedung« Tschetscheniens ist eine kleine, aber brutale Diktatur innerhalb Russlands, die auch immer ein (für manche abschreckende, für manche ermunterndes) Beispiel dafür ist, was im ganzen großen Land möglich sein könnte.

Auch in den Folgejahren ging trotz der angeblichen »Normalisierung« der Situation in Tschetschenien das Töten und Verschwinden weiter. Mitte Juli 2009 wurde

die Journalistin und Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa, Leiterin der Memorial-Filiale in Grosny, entführt und ermordet. Putin versprach am Tag darauf beim Petersburger Dialog in Dresden, die Mörder zu finden. Nichts ist geschehen und nichts kann geschehen, denn vieles weist in Richtung der tschetschenischen Führung.

2010 erschütterten zwei weitere Selbstmordattentate die Moskauer U-Bahn. An den Stationen Lubjanka (beim FSB-Hauptquartier) und Park Kultury (beim Gorki-Park) sprengten sich zwei Frauen in die Luft und nahmen insgesamt 41 weitere Menschen mit in den Tod. Im Januar 2011 folgte noch ein Selbstmordattentäter am Flughafen Domodedowo. 27 Menschen starben.

Die Tschetschenienkriege bleiben eine offene Wunde der russischen Gesellschaft. Neben den vielen Toten haben mehrere Hunderttausend junger Männer meist zweierlei gelernt: Probleme lassen sich gewaltsam lösen und wer sich dabei an Regeln hält, bekommt Schwierigkeiten oder stirbt. Tschetschenien ist zwar weiter Teil der Russischen Föderation, aber wohl noch nie, seit der Imam Schamil Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber den russischen Eroberern die Waffen streckte, ist ein tschetschenisches Gemeinwesen so unabhängig gewesen wie heute (und wird dazu noch fürstlich aus dem Staatshaushalt alimentiert). Vor dem Krieg war nur etwa die Hälfte der Bewohner ethnische Tschetschenen. Die zweitgrößte Gruppe waren Russen. Heute sind 95 Prozent Tschetschenen.

Über das ganze Land gesehen haben die Tschetschenienkriege und die mal mehr, mal weniger offen daran anschließenden gewaltsamen Konflikte in den meisten Nachbarrepubliken zu einer fundamentalen Entfremdung zwischen der russischen Mehrheitsbevölkerung und Menschen aus dem Nordkaukasus geführt. In Zentralrussland gelten Nordkaukasier als Fremde und sind oft unbeliebter als Ausländer. Politisch ist Russland mehrheitlich in dem Widerspruch gefangen, den Nordkaukasus zwar als »russisches Land« anzusehen, die dort lebenden Menschen aber nicht wirklich als zugehörig zu empfinden.

Das ist, zusammen mit der großen Arbeitslosigkeit dort und der Abhängigkeit von Subventionen aus Moskau, eine mittel- bis langfristig explosive Mischung. Niemand sollte sich in der Hoffnung wiegen, die vielen, vielen Toten, das unbeschreibliche Leid, das es über zwei Jahrzehnte hinweg gegeben hat, würden einfach so vergessen. Sie schlummern, gegenwärtig mehr im Untergrund. Aber wenn sich ihrer weiter niemand annimmt, werden sie über kurz oder lang als Alpträume zurückkehren.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

20. November – 4. Dezember 2014

20.11.2014	In Gegenwart von Präsident Wladimir Putin wird im Moskauer Alexandergarten das Denkmal für Zar Alexander I (1777–1825) enthüllt. An der Zeremonie, die auf den 200. Jahrestag der Beendigung des "Vaterländischen Krieges" gegen Napoleon terminiert ist, nimmt unter anderen Patriarch Kirill teil, dem Putin zum 68. Geburtstag gratuliert.
20.11.2014	Präsident Putin leitet eine erweiterte Sitzung des russischen Sicherheitsrats. Im Zentrum stehen der Entwurf zur Strategie der Extremismusbekämpfung bis 2025 sowie die staatliche Politik zur Bekämpfung unterschiedlichster Formen des Extremismus.
21.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet den föderalen Haushalt für 2015 und den Haushaltsplan für 2016/17. Der »Beitritt« der Krim sowie die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland wurden in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
21.11.2014	Ein Bezirksgericht in Astrachan verurteilt den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Michail Stoljarow wegen der Annahme von Bestechungsgeldern zu zehn Jahren Haft und einer Geldbuße von 500.000 Rubel (ca. 9.000 €).
22.11.2014	Auf dem Moskauer Triumfalnaja-Platz findet eine Versammlung für die Meinungsfreiheit statt, die von der Partei »Jabloko« angemeldet wurde. Mehrere Aktivisten und Journalisten protestieren gegen den Druck auf Massenmedien und Journalisten sowie gegen Zensur und staatliche Propaganda.
22.11.2014	Die „Allrussische Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte MEMORIAL“ verabschiedet auf einer Konferenz in Moskau eine neue Satzung, die den Forderungen des Justizministeriums gerecht werden soll. Die Revision der Satzung erlaubt es der Gesellschaft »Memorial«, den gesamt-russischen Status der Organisation zu bewahren.
23.11.2014	Veröffentlichung eines Interviews, das Präsident Wladimir Putin am 13. November der Nachrichtenagentur TASS gegeben hat. Darin geht er auf die Frage nach einer weiteren Kandidatur ein. Putin äußert sich neutral, schließt seine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2018 aber nicht aus.
24.11.2014	Viktor Tichonow, berühmter sowjetischer Eishockeyspieler und von 1978 bis 1994 Trainer der Nationalmannschaften der UdSSR und Russlands, stirbt im Alter von 84 Jahren in Moskau. Unter seiner Leitung gewann das Team der UdSSR von 1978 bis 1990 acht Weltmeisterschaften und drei olympische Goldmedaillen.
24.11.2014	Präsident Wladimir Putin und Raul Chadshimba, Präsident der abtrünnigen georgischen Provinz Abchasien, unterzeichnen einen »Vertrag über eine Union und strategische Partnerschaft«. Das Abkommen sieht die Gründung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsraumes unter anderem durch die Einrichtung gemeinsamer Truppeneinheiten vor. Russland verdoppelt im kommenden Jahr die Finanzhilfen an Abchasien auf 5 Mrd. Rubel (ca. 90 Mio. €). Das geplante Investitionsprogramm für 2015–2017 sieht für Abchasien weitere 4 Mrd. Rubel (ca. 68,5 Mio. €) pro Jahr vor.
24.11.2014	Präsident Putin leitet in Sotschi eine Sitzung über die Entwicklung der russischen Streitkräfte, an der Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Vorsitzenden des Generalstabs Walerij Gerasimow und die Kommandeure einzelner Truppen- und Waffengattungen teilnehmen.
24.11.2014	Präsident Putin und sein iranischer Amtskollege Hassan Rohani besprechen in einem Telefonat die Frage des iranischen Atomprogramms. Beide Seiten betonen den Fortschritt, der bei den laufenden Verhandlungen auf Ebene der Außenminister in Wien erzielt wurden. Ferner wird die bilaterale Zusammenarbeit und die Umsetzung gemeinsamer Projekte erörtert.
25.11.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande lässt die Auslieferung des ersten Hubschrauberträgers »Mistral« an Russland auf Grund der Situation im Südosten der Ukraine verschieben.
25.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, dass die Finanzierung von russischen Parteien aus dem Ausland verbietet. Das Gesetz betrifft eine Finanzierung durch ausländische Staaten, Bürger, Unternehmen, Vereine, internationale Organisationen und russische Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von über 30 %. Die Geldstrafen werden deutlich erhöht. Illegale Parteispenden werden mit 10.000 – 300.000 Rubel (ca. 170–5.000 €) geahndet.
25.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi den Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams Nguyen Phu Trong. Neben den Verhandlungen über eine strategische Partnerschaft werden mehrere Abkommen unterzeichnet.
25.11.2014	Der russische Ölkonzern »Rosneft« senkt seine Ölförderung um 25.000 Barrel pro Tag. Am Abend scheitert ein gemeinsamer Versuch mit Venezuela und Mexiko, zwei Tage vor dem OPEC-Gipfel in Wien Saudi-Arabien dazu zu bewegen, sich für eine Reduzierung der Ölförderung einzusetzen.

26.11.2014	Der Südliche Militärbezirk teilt mit, dass 14 Jagdflugzeuge vom Typ SU-27 SM und SU-30 auf der Krim eingetroffen seien. Sie werden dem neu formierten Jagdfliegerregiment unterstellt, das auf der Krim stationiert ist.
26.11.2014	Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow empfangen in Sotschi den syrischen Außenminister Walid al-Muallim. Im Zentrum des Gesprächs stehen die russisch-syrischen Beziehungen. Sergej Lawrow erklärt, dass Russland es in den vergangenen eineinhalb Jahren 30 Hilfslieferungen an Syrien gegeben habe.
26.11.2014	Präsident Putin empfängt in Sotschi Verteidigungsminister Sergej Schojgu, den Vorsitzenden des Generalstabs Walerij Gerasimow und die Kommandeure einzelner Truppen- und Waffengattungen zu einer weiteren Sitzung, auf der die Entwicklung der russischen Streitkräfte diskutiert wird. Putin betont, man wolle niemanden bedrohen und sich in keine geopolitischen Spiele, Intrigen und Konflikte verwickeln werde.
26.11.2014	Präsident Putin telefoniert mit seinem ukrainischem Amtskollegen Petro Poroschenko auf dessen Initiative. Im Zentrum stehen die Situation in der Ostukraine und die bilateralen Beziehungen. Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Putin, dementiert anschließend Gerüchte, Putin habe der Ukraine gedroht.
27.11.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew bespricht in einem Telefonat mit seinem neu gewählten ukrainischen Amtskollegen Arsenij Jazenjuk die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russlands und der Ukraine.
27.11.2014	Putin leitet eine Sitzung zur Entwicklung des russischen Militär-Industriellen Komplexes in Sotschi. Fast alle geplanten staatlichen Verteidigungsaufträge seien in diesem Jahr umgesetzt worden. Für den Importersatz ausländischer Rüstungsgüter wurden dem russischen Rüstungssektor zur Modernisierung der Produktion fast 3 Billionen Rubel (ca. 48,5 Mrd. €) zur Verfügung gestellt. Die heimischen Produkte sollen demnach besser und günstiger werden.
27.11.2014	Die Weigerung der OPEC, die Ölproduktion zu senken, lässt den Ölpreis und den Rubelkurs weiter fallen. Am Abend fällt der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke Brent auf \$ 74, 31, der Rubel fällt an der Moskauer Börse auf 48,65 Rubel je Dollar und 60,75 Rubel je Euro.
28.11.2014	Innenminister Wladimir Kolokolzew gibt bekannt, dass die Sicherheitskräfte im Kaukasus in diesem Jahr 73 Untergrundkämpfer getötet sowie 100 Infrastrukturobjekte der Untergrundkämpfer zerstört hätten.
28.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den neuen Chef des französischen Ölkonzerns Total, Patrick Pouyanné. An dem Treffen nehmen Energieminister Alexander Nowak, die Präsidenten der staatlichen Ölkonzerne »Rosneft« und Lukoil, Igor Setschin und Wagit Alekperow sowie der Vorstandsvorsitzende von »Nowatek« Leonid Michelson teil. Pouyanné betont, dass die Kooperation mit Russland im Zentrum der Konzernstrategie steht.
28.11.2014	Der Dollarkurs klettert an der Moskauer Börse auf über 50 Rubel für einen US-Dollar. Der Ölpreis für die Marke Brent fällt unter 70 US-\$ je Barrel.
29.11.2014	Die Europäische Union verhängt gegen 13 Politiker der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk Einreisesperren und verbietet die Finanzierung von fünf Parteien, die an Wahlen in den Republiken teilgenommen haben.
29.11.2014	Der Stellvertretender russischer Außenminister Aleksej Meschkow ruft die EU dazu auf, ihre Sanktionen gegen Russland und die Einreisesperren aufzuheben. Russland werde dann seine Gegenmaßnahmen beenden.
30.11.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt einen achten Lastwagenkonvoi mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 100 Fahrzeuge bringen 1200 Tonnen Lebensmittel und Baumaterial nach Luhansk und Donezk.
30.11.2014	Etwa 3.000 Personen demonstrieren in Moskau gegen eine Reform der städtischen Gesundheitsfürsorge. In Resolutionen wird gefordert, die Reorganisationen im Gesundheitswesen und die Massenentlassungen von Angestellten in diesem Bereich zu stoppen. An der Protestaktion nehmen Vertreter von Parteien und Gewerkschaften teil.
30.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zur Entwicklung des Föderalbezirks Krim, der die Einrichtung einer Freihandelszone für 25 Jahre vorsieht.
01.12.2014	Die russische Regierung gewährt vier Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes staatliche Kreditgarantien über 5,47 Mrd. Rubel (ca. 110 Mio. €)
01.12.2014	Die russische Zentralbank setzt den offiziellen Wechselkurs für den Folgetag auf 51,8 Rubel je US-Dollar und 64,4 Rubel je Euro fest.
01.12.2014	Staatsbesuch von Präsident Wladimir Putin in der Türkei. Putin wird vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan sowie dem Premierminister Ahmet Davutoğlu empfangen. Im Zentrum der Gespräche steht die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei. Putin wird von zehn Ministern der russischen Regierung begleitet, die an einer gemeinsamen Kabinettsitzung teilnehmen.

01.12.2014	Präsident Wladimir Putin teilt während einer Pressekonferenz in Ankara mit, dass das geplante Pipelineprojekt »South-Stream« auf Grund einer ausbleibenden Genehmigung durch Bulgarien nicht realisiert werde. Gazprom-Chef Aleksej Miller bestätigt das Ende des Projektes.
02.12.2014	Die russische Regierung investiert fast 40 Mrd. Rubel (ca. 600 Mio. €) aus dem Nationalen Wohlfahrtsfond in den Kauf von Vorzugsaktion der »Gazprombank«. Diese wird durch Sanktionen an Investitionen aus dem Westen gehindert.
02.12.2014	Alexej WedeW, stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung, gibt korrigierte Wachstumsprognosen für das russische BIP bekannt. Die Prognose für 2014 wird von 0,5 auf 0,6 % Wachstum erhöht, die Prognose für 2015 von +1,5 % auf –0,8 % korrigiert. Auch die Weltbank korrigiert ihre Wachstumsprognosen für Russland für 2014 von 0,5 % auf 0,7 % und für 2015 von 0,3 % auf 0 %.
02.12.2014	Das Moskauer Stadtgericht gibt der Forderung der Staatsanwaltschaft statt, wonach sich die NGO »Öffentliches Verdikt« als »ausländischer Agent« registrieren muss. Die Vereinigung setzt sich für eine gesellschaftliche Kontrolle der Rechtsschutzorgane ein. Das Moskauer Stadtgericht bestätigt zudem die Verlängerung des Hausarrests gegen den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj im Fall »Ives Rocher« bis zum 14. Januar 2015.
03.12.2014	Transparency International veröffentlicht den Korruptionswahrnehmungsindex für 2014. Russland fällt vom 127. auf den 136. Platz zurück, gleichauf mit Kamerun, Nigeria, Iran, Libanon und Kirgisien.
03.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew empfängt eine Delegation aus Syrien. Die handels- und wirtschaftliche Zusammenarbeit, unter anderem im Energiesektor, steht im Zentrum des Treffens.
03.12.2014	Die russische Zentralbank setzt den offiziellen Wechselkurs für den Folgetag auf 54,4 Rubel je US-Dollar und 67,3 Rubel je Euro fest, ein weiterer Höchststand.
04.12.2014	In Grosnyj (Tschetschenien) dringt eine Gruppe von Aufständischen in das Stadtzentrum vor, besetzt das Pressehaus und versucht, den Fernsehsender unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine zweite Gruppe besetzt die Schule Nr. 20. Bei den Feuergefechten werden nach vorläufigen Angaben sieben Angehörige der Sicherheitskräfte und sieben Untergrundkämpfer getötet. Das Zentrum von Grosnyj wird abgesperrt. Die Behörden rufen den Ausnahmezustand einer »Konterterroristischen Operationen« aus.
04.12.2014	Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von jeweils 26.000 € an die Oppositionsaktivisten Ilja Jaschin und Alexej Nawalnyj, da es bei der Entscheidung für ihren Arrest im Jahre 2011 Unregelmäßigkeiten gegeben hat.
04.12.2014	Präsident Wladimir Putin präsentiert der Föderalversammlung seine elfte Botschaft zur Lage der Nation. Er führt u.a. aus: Russlands Prioritäten seien eine gesunde Familie und Nation, traditionelle Werte und die Achtung anderer Staaten bei gleichzeitiger Wahrung der legitimen Interessen Russlands. Die Krim sei für Russland ein heiliger Ort und werde für immer bei Russland bleiben. Der Westen versuche, Russland systematisch zu schwächen. Der Fall Ukraine sei nur ein Anlass. Russland müsse seine Entwicklung mit eigenen Mitteln vorantreiben, Kapital im eigenen Lande finden und selbst Technologien entwickeln.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>